

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 205.

Freitag, den 2. September 1910.

17. Jahrg.

Der Kampf um Brot und Freiheit. — Die Fleischnot.

Mit diesen wichtigen Fragen wird sich am kommenden Montag eine

große Volks-Versammlung

Beschäftigten, in der Genossin Popp-Wien und Genosse Schwartz-Lübeck referieren werden.

Parteigenossen und Parteigenossinnen, sorgt für einen Massenbesuch!

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“.

Zeichen der Auflösung.

he. Die Agrarpropagandisten pflegen bei jeder Gelegenheit Peter und Paul wegen des angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie zu schreien. Das heißt nur: „Haltet den Dieb!“ In diesem Moment erstreckt sich der agrarische Boykott schon durch das ganze Reich, vom äußersten Osten bis zum äußersten Westen und Süden. Mit mehr Terrorismus und mehr Unerschämtheit ist niemals ein solcher Boykott-Feldzug unternommen worden, zu dem nicht weniger als alle vernünftigen Gründe fehlen.

Die Agrarier werden nicht verstehen, sich wach zu wachen, indem sie auf die bekannte Boykottaffäre bei den letzten Berliner Landtagswahlen hinweisen. Allein dort handelte es sich nur darum, durch einen vorübergehenden Boykott den Widerstand eines reaktionären Wahlgesetzes ad oculos zu demonstrieren. Der Agrarboykott ist der Beginn einer Verschärfung des großen Kampfes zwischen Stadt und Land, den die Agrarier entfacht haben, und der allein schon hinreicht, um zu beweisen, daß die alte Gesellschaftsordnung auf die Dauer nicht haltbar ist.

Dem deutschen Volke ist eine Agrarpolitik aufgezungen worden, welche zugunsten einer kleinen Minderheit von ländlichen Grundbesitzern die notwendigen Lebensmittel für die große Masse verteuert. Durch diese enorme Preissteigerung fallen den ländlichen Grundbesitzern ebenso enorme Gewinne in den Schoß. Die Agrarier wollen sich aus dieser günstigen Position natürlich nicht wieder verdrängen lassen. Sie wollen die städtische Bevölkerung zwingen, gegen deren eigenen Interessen bei den Wahlen für agrarische Kandidaten zu stimmen, um so in den Parlamenten die agrarisch-reaktionären Mehrheiten zu erhalten. Deshalb wird über die städtische Bevölkerung, die nicht agrarisch wählt, der Boykott verhängt; die Herren Landwirte geben dort den Geschäftsleuten nichts mehr zu verdienen.

An diese Maßregeln schließen sich noch eine Reihe anderer; so werden unter anderem abhängigen Landbewohnern, die verdächtig sind, liberal oder sozialdemokratisch gewählt zu haben, die Mietswohnungen gekündigt.

Man sollte meinen, es müßte sich bei unserm Bürgerum ein Sturm der Entrüstung erheben, ob solch großbäuerlicher Anmaßungen. Ein großer Teil der vom agrarischen Boykott betroffenen Bürgerschaft knickt aber gleich schwachem Rohr zusammen. Viele haben klein beigegeben und sich gebückt; eine Anzahl liberaler Bürger und Geschäftsleute, die sich dem Hansabund angeschlossen, haben sich sogar durch die agrarischen Drohungen bewegen lassen, wieder auszutreten.

Wir bekämpfen das Unrecht, wo es geschieht. Sonst könnten wir ja, wenn wir so boshaft wären, wie man uns nachsagt, bestrebt die Hände reiben und unsere Schadenfreude darüber kundgeben, daß die herrschenden Klassen sich untereinander so sehr zerfleischen und damit selber den Boden untergeben, auf dem sie stehen.

Aber dieser Kampf zwischen Stadt und Land hat eine tiefere Bedeutung, die immer mehr hervortreten wird, je weiter sich der Kampf selbst ausbreitet. Er ist einer der vielen Zerstörungs- und Auflösungsprozesse, die innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft vor sich gehen, und zwar in den verschiedensten Formen. Die Agrarier wenden die Form des rohesten Boykotts an. Die Industriekönige verfolgen mit andern Mitteln ähnliche Ziele. Sie wollen aus der bürgerlichen Gesellschaft für sich und für den ihnen anhängen-

den Schwefel von Aktionären, Dividendenschluckern und andern Existenzen mit arbeitslosem Erwerb möglichst viel Gewinn heraus schlagen. Mit ihren Ringen und Syndikaten machen sie es möglich, daß ihnen durch einige Federstriche im Preissturz Millionen und aber Millionen in die Taschen strömen.

Mit den Massenausperrungen gehen sie gegen die Arbeiterorganisationen ebenso brutal vor, wie die Agrarier gegen die Geschäftsleute der Städte. Sie haben die sozialpolitische Gesetzgebung zum Stillstand gebracht. Und mit aller Macht arbeiten sie drauflos, auch für sich in den Parlamenten eine Mehrheit zu sichern, welche die Gesetze zum ausschließlichen Vorteil einer kleinen Minderheit von Besitzern großer Produktionsmittel gestaltet.

Außer den gewaltigen Kämpfen zwischen den Besitzern der Arbeitskräfte und den Besitzern der Produktionsmittel bringt sonach die nächste Zukunft voraussichtlich noch eine Reihe heftiger und zerrüttender Kämpfe unter den herrschenden Klassen selber. Dazu kommt die furchtbare Bedrückung des Volkes durch die Teuerung und die agrarische und industrielle Ausbeutung, sowie durch die stets steigenden Staatslasten. Der Militarismus kann seine Begehrlichkeit nicht zügeln; seine Anforderungen wachsen in demselben Maße, wie die Unterernährung zunimmt.

Betrachtet man den Gang dieser Auflösungs- und Zerstörungsprozesse, so kommt es so recht zum Bewußtsein, wie lächerlich es ist, in der Armee eine dauernde und unter allen Umständen zuverlässige Stütze der alten Gesellschaftsordnung zu erblicken. Der Zusammenbruch, auf den die Gesamtwirkung unserer gesamten Verhältnisse hindrängt, kann auch durch die beste Armee der Welt nicht aufgehalten werden; sie muß Gewehr bei Fuß dem großen Zerstörungswerke zusehen. Der Militarismus mit seinen unerfättlichen Anforderungen erschwert es im höchsten Maße, neuen, festen Boden für die alte Ordnung der Dinge zu gewinnen, die allerdings nur noch eine Unordnung ist.

So kommt man bei scharfer Beobachtung der sozialen und ökonomischen Konflikte von heute zu dem allerdings nur für kurzfristige und bornierte Leute noch überraschenden Resultat, daß gerade diejenigen Parteien, die sich mit Vorliebe als „staatserschaltend“ bezeichnen, am meisten zur Untergrabung und schließlich Zerstörung der alten Gesellschaftsordnung beitragen, wenn sie dies auch grimmig leugnen und andere für ihr eigenes Zerstörungswerk verantwortlich machen wollen.

Das verzweifelte Ausrüstungsmittel eines großen Krieges würde dieses Zerstörungswerk nicht aufhalten, sondern es eher noch fördern.

Aus diesem Zustand heraus kann nur ein Machtfaktor helfen, der fähig ist, neu zu organisieren und dem unheilvollen Kriege aller gegen alle, zu dem das bürgerliche und kapitalistische Erwerbsleben geworden ist, ein Ende zu machen. Der Klassenstaat von heute erscheint uns nicht fähig dazu. Selbst wenn wir annehmen, er würde es wagen, das Gebiet des Staatssozialismus zu betreten und die hervorragendsten Produktionszweige in große Staatsbetriebe zu verwandeln, so könnte es sich da nur um einen Übergangszustand handeln, weil die Klassenherrschaft mit in den Staatssozialismus hineingetragen würde. Dieser müßte sich folgerichtig in Staatskapitalismus verwandeln und der alte Klassenkampf würde nicht verschwinden, sondern nur neue Formen annehmen.

Der Fortgang der Zerstörungs- und Auflösungsprozesse wird beweisen, daß die alten Klassen durch ihren Egoismus behindert sind, hier mit ordnender Hand einzugreifen. So fällt diese Aufgabe ganz von selbst der Arbeiterklasse zu, die im Sozialismus die neue Gesellschaftsordnung erblickt, unter welcher der kapitalistischen, industriellen und agrarischen Anarchie endlich ein Ziel gesetzt

werden kann. Wie eifrig die „staatserschaltenden“ Parteien von heute die Vorarbeit für diese neue Produktions- und Gesellschaftsform besorgen, haben wir oben gezeigt. Sie werden so fortfahren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bethmann-Hollweg und die Kaiserrede.

Die „Deutschen Nachrichten“ (Nr. 204 vom 1. September) bringen von einer „untrüglich informierten Persönlichkeit in aktiver höherer Reichsbeamtenstellung“ einen langen Schwaz über die Wirkung, die die Kaiserrede in der Reichskanzlei gehabt hat, und über das, was Bethmann-Hollweg und seine Beamten zunächst getan haben und noch tun wollen, um die verheerende Wirkung der Kaiserrede in der Bevölkerung möglichst zu „dämpfen“. Dieser „untrüglich informierte höhere Reichsbeamte“ erzählt:

„Herr v. Bethmann-Hollweg war von der Königsberger Tafelrede genau so überrascht wie andere Leute. Er beurteilt sie in diesem Zeitpunkt der beginnenden politischen Saison (wenn man will: vor dem Einsetzen der sogenannten „Sammlungspolitik“) durchaus nicht günstig, und er macht aus dieser seiner persönlichen Ansicht im internen Kreise gar kein Hehl. Eben deshalb wird er auch rein taktisch alles tun, was sich staatsrechtlich verantworten läßt, um die unglückliche Wirkung der Rede auf die derzeitige politische Konstellation abzumildern. Er wird also mit Energie den Standpunkt vertreten, daß in der Provinz Ostpreußen nicht der „Deutsche Kaiser, sondern der König zu seinen preussischen Untertanen“ gesprochen, zweitens, daß der König von Preußen in seinem Königsberger Schlosse zu einem beschränkten Kreis von eingeladenen Gästen gesprochen hat, daß er hier, einem persönlichen Impuls folgend, eine längst bekannte, ihm selbst vertraute und stets vor Augen schwebende Auffassung des Herrscherideals ausgedrückt hat, und endlich, daß es überhaupt eine feierliche Tischrede des Schloßherrn, nicht eine öffentliche politische Rede war. Aus diesem taktischen Standpunkt des Kanzlers ergibt sich, daß er eine Beantwortung der Interpellationen im Reichstage voraussichtlich ablehnen wird! Doch wird er bei anderer Gelegenheit, wohl auch bei Anfragen im preussischen Landtag, Rede und Antwort stehen. Die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ kann und soll auch nach der Überzeugung des Herrn v. Bethmann-Hollweg nicht das letzte Wort sein, das regierungsfreudig in der Angelegenheit gesprochen wurde.“

Wie kam es aber zu dem Kommentar des Regierungsblattes? Dies genau festzustellen dürfte ebenso interessant wie für die Beurteilung der ganzen Angelegenheit wichtig sein: Der Text der kaiserlichen Tafelrede lief am Freitag schon sehr früh in der Reichskanzlei ein und dem Reichskanzler wurde sofort eine Reinschrift zugestellt. Kurz darauf erfolgte beim Wolffsbureau eine Anfrage, ob eine Kürzung (h) der kaiserlichen Rede sich für die Ausgabe an die Zeitungen noch ermöglichen lasse. Aber es war zu spät! Die Königsberger Filiale des Wolffschen Telegraphenbureaus hatte die Rede in ihrer ganzen Ausdehnung schon in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag an die Ostdeutsche Presse hinausgegeben. Auch war die Rede durch andere Personen nachgeschrieben und an Königsberger Blätter überliefert worden. Jedenfalls war es nicht mehr möglich, einen besonderen amtlichen Text der Kaiserrede herzustellen.

Um aber den Kampf gegen die heftige Pressekritik, die man in der Reichskanzlei sofort voraus sah, um keine Minute hinauszuschieben, wurde der „Königsberger Zeitung“ umgehend die auch von uns gebrachte offizielle Information erteilt. Diese Information wurde auch sehr rasch in der ganzen deutschen Presse verbreitet; sie bildete die erste „Presstimm“ zur Kaiserrede und eine Art Vorläufer zum Kommentar der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.“

Aus diesen unwiderlegbaren Tatsachen ergibt sich, daß der Reichskanzler von vornherein alles aufgedeckt hat,

um zu „da in p f e n“, zu beruhigen. Wer aber zwischen diese Talsachen zu blicken will, wird entdecken, daß Herr v. Beckmann sich mit seiner persönlichen Ansicht noch nicht festgelegt hat und daß man noch nähere Aufklärung, ja: noch besondere Uebersetzungen erwarten darf.

Der neueste Polizeistreich.

Um Sitzungen der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder abhalten zu können, wurde in Nikultschitz Kreis, Bentzen D.-S. eine kleine Wohnung gemietet. Morale hindurch fanden in der Wohnung ohne Störung Sitzungen statt. Am 18. August erhielt der Vorsitzende des polnischen sozialistischen Vereins folgende Androhung: „Auf Grund des § 59 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 — 19. März 1881 und § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts wird Ihnen vom heutigen Tage ab zur Abwendung der dem Publikum drohenden Gefahr die Benutzung der im Vorreiterschen Hause hieselbst Haldenstraße angemietete Wohnung zu Vereins- und Versammlungszwecken hiermit untersagt, da diese Räume den polizeilichen Vorschriften nicht entsprechen. Sollten Sie dieser Aufforderung nicht genügen, so haben Sie zu gewärtigen, daß auf Grund des § 132 zu 2 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 gegen Sie für jeden Zuwiderhandlungsfall eine Exekutionsstrafe von 30 Mk. festgesetzt wird, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von 3 Tagen tritt.“ Zu den Sitzungen kamen durchschnittlich 10 bis 22 Personen.

Ein freikonservativer Abgeordneter über die Fleischnot.

In der „Post“ verzapft ein freikonservativer Abgeordneter seine Meinung über die gegenwärtige Fleischnot; das rückständige Gerede ist so — originell, daß wir einiges davon wiedergeben wollen: „Auf billige Fleischpreise ist kaum wie der zurechnen, weil der Konsum stark gewachsen ist, die Produktionskosten bei den höheren Löhnen gestiegen sind und — vor allen Dingen auch die Unkosten der Schlächter gestiegen sind, ebenso wie auch das Publikum anspruchsvoller in Bezug auf Qualität des Fleisches geworden ist. Was kosten heute die Mieten der Fleischläden gegen früher, welche Ansprüche an die Ausstattung derselben werden heute gemacht. Und wie sieht die Löhne gestiegen! Früher ging die Hausfrau oder das Mädchen zum Schlächter, um einzukaufen, heute wird telephoniert: Schicken Sie mir dies oder das, oft 1—2 Pfund. Diese Unkosten muß der Schlächter aufschlagen. In den Markthallen ist auch heute das Fleisch noch nicht teurer, wenn nicht zu hohe Ansprüche an die Qualität gestellt werden; aber heute will jedermann junges Fleisch kaufen, ältere Schlachttiere sind oft geradezu unverkäuflich und müssen selbst gut gemästet mit Verlust verkauft werden. Meiner Ansicht nach sind die teuren Fleischpreise mehr in vorstehenden Gründen zu suchen wie in dem Mangel an Vieh.“

Der Spahn im Fleische des Zentrums.

Die liberale „Augsburger Abendzeitung“ ist in der Lage, den Brief veröffentlichen zu können, den eine Anzahl von ultramontanen Reichstagsabgeordneten an Spahn junior gerichtet hat, um ihn zum Zurücktreten von der Kandidatur im Wahlkreise Warburg-Hörter zu veranlassen. Das vom 22. August 1910 datierte Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Professor! Gestatten Sie den Unterzeichneten, Ihnen heute in Angelegenheit Ihrer Reichstagskandidatur im Wahlkreise Warburg-Hörter eine offene Darlegung zu machen. Leider mußten wir damit notgedrungen erst die Tage der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Augsburg als Gelegenheit zur Aussprache untereinander und mit maßgebenden Stellen abwarten. Am 17. Juni sind Sie in der Vertrauensmännerversammlung zu Altenbecken als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Ihre Aufstellung geschah in Eile und in Verlegenheit um einen Kandidaten — insbesondere aber auf Grund Ihrer eigenen brieflichen Anerbietung. Es konnte auch Ihnen, geehrter Herr Professor, seither nicht verborgen bleiben, welche tiefe, sich steigende Bestimmung Ihre Kandidatur hervorruft. Die Unterzeichneten stehen auf Seiten jener, welche ihre Kandidatur aufrichtig bedauern. Wir zweifeln nicht an Ihrem guten Willen, in Ihrer Weise der katholischen Kirche und der Zentrumspartei dienen zu wollen; Sie selbst aber werden sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß Ihre publizistische Tätigkeit bis in die jüngste Zeit hinein oft mißverständlich, oft ärgernisregend war. Wir sehen klar und deutlich unüberbrückbare Gegensätze zwischen manchen in Ihren Publikationen niedergelegten Grundanschauungen einerseits und zwischen der alten Zentrumstätigkeit und den Grundanschauungen des katholischen Volkes andererseits. Diese Ansicht teilte gerade auch der verstorbene Abgeordnete Schmidt-Warburg und teilen die maßgebendsten Stellen des katholischen Deutschlands. Dieser Sachlage gegenüber können wir nicht schweigen. In dieser Sachlage können unseres Erachtens Wahlreden ebensowenig wesentliches ändern wie die Beziehung der Ihnen seinerzeit vorgelegten drei Fragen. Deshalb gestatten Sie die unterzeichneten Abgeordneten der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages an Sie, geehrter Herr Professor, das ergebene Ersuchen zu richten, von Ihrer Kandidatur noch in letzter Stunde zurückzutreten zu wollen. Wir stellen dieses Ersuchen in voller Kenntnis seiner Tragweite und besonders auch in voller Würdigung des persönlichen Opfers, welches Ihnen hier nahegelegt wird — gewiß nicht aus persönlicher Abneigung. Wir erfüllen damit unsere klar erkannte Gewissenspflicht gegenüber den Katholiken Deutschlands.“

Das Schriftstück trägt die Unterschriften folgender Abgeordneter:

Oppersdorff, Mayer - Pfarrkirchen, Erzberger, Gleitsmann, Leser, Kohl, Haensler, Uebel, Gerstenberger, Dr. Gäger, Dr. Heim, Dr. Pfeifer, Püg, Beck-Nisch.

Der „Bayerische Kurier“, das Organ des Dr. Heim, bringt gleichzeitig eine — anscheinend aus der Feder Erzbergers kommende — Zuschrift zur Kandidatur Dr. Spahn, in der bemerkt wird, wenn eine lange Liste von Abgeordneten, die nicht unterschrieben haben, genannt werde, so liege die sehr einfache Erklärung hierfür darin, daß diese Abgeordneten mit einer einzigen Ausnahme un-

ihre Unterschrift garnicht gegeben worden seien. Und weiter heißt es:

„Mit der Kandidatur Spahn werden auch noch andere Zwecke verfolgt. In wohl informierten Kreisen wird berichtet, daß Herr Oberlandesgerichtspräsident Spahn bei den nächsten Wahlen zurücktreten wird, sein Wahlkreis soll dann an seinen Sohn übergeben werden. Daher auch das bereitwillige Eingehen auf die Forderung der Vertrauensmännerversammlung in Hörter, daß Spahn junior nur bis zur nächsten Wahl das Mandat inne haben soll.“

Kaiser und Kanzler.

Von „gut unterrichteter Seite“ will die „Post“ erfahren haben, daß die von der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ gebrachte Interpretation der Kaiserrede zwischen dem Kaiser und dem Kanzler vereinbart worden ist. Dem Kanzler sei namentlich daran gelegen gewesen, nachzuweisen, daß die Rede keinen absolutistischen Charakter hatte.

Zum Ausfall der Wahl in Warburg

sagt die „Germania“:

„Der Stimmrückgang hat aber zweifellos mit der Hebe gegen die Reichsfinanzreform und den „schwarzen“ Bloß, die den Liberalen so schwere Verluste und den Sozialdemokraten so starken Zuwachs gebracht hat, nichts zu tun. Man kann es schon daraus erkennen, daß die sozialdemokratischen Stimmen sich nur unerheblich vermehrt haben. Die Zentrums-Wähler, die diesmal nicht für den Zentrums-Kandidaten gestimmt haben, sind einfach zu Hause geblieben. In zentrumsfremden Wahlkreisen pflegt ja meist die Wahlbeteiligung bei Erstwahlen geringer zu sein als bei der Hauptwahl.“

Zugegeben wird dann, daß die unbeliebte Kandidatur des Professor Spahn ebenfalls ungünstig auf die Wähler eingewirkt habe. Die Argumente sind ohne Zweifel stichhaltig. Der Wahlkreis Warburg-Hörter zählt zum „allerdunkelsten“ Deutschlands, dort kann es das Zentrum noch recht toll treiben, ehe die Wähler einmal zu denken anfangen.

Die Altenburger Regierung gegen sozialdemokratische Schulvorstände.

Das Altenburger Kultusministerium erläßt unterm 29. August im „Amts- und Nachrichtenblatt“ eine von Borries gezeichnete Bekanntmachung:

„Die Aufgabe der Volksschule besteht nicht bloß darin, der heranwachsenden Jugend ein bestimmtes Maß von Kenntnissen zu verschaffen, sondern sie soll nicht minder ihre Anbefohlenen auf der Grundlage des Christentums heranzubilden zu sittlich-religiösen und vaterlandstrebenden Persönlichkeiten. Die Schulvorstände sind berufen, hierbei mitzuwirken, und die neuere Gesetzgebung lenkt die Wahl vorzugsweise auf solche Schulgemeindeglieder, welche an der Entwicklung des Volksschulwesens als Väter ein eigenes Interesse haben oder des Volksschulwesens besonders kundig sind. In mehrfachen Erlassen haben wir die Wahl von Angehörigen der sozialdemokratischen Partei in die Schulvorstände für nicht unbedeutend unzulässig erklärt und nur auf die Möglichkeit einer Enthebung vom Amt im Falle der Pflichtverletzung hingewiesen. Wenn indes neuerdings auch Führer und berufsmäßige Agitatoren der Sozialdemokratie in Schulämtern gewählt sind, so müssen sich dagegen ernste Bedenken erheben. Die sozialdemokratische Partei bezeichnet sich selbst als eine revolutionäre. Das hiesige sozialdemokratische Blatt fordert in Nr. 199 auf, das Kaisertum zu beseitigen und eine deutsche Republik zu errichten. In ihren Kundgebungen, ihrer Presse und ihren Versammlungen schmäht und verlebt die sozialdemokratische Partei alles patriotische Empfinden. Im Gegensatz zu ihrem eigenen Programm verbreitet sie Haß und Verachtung der christlichen Religion. Personen, welche berufsmäßig solche Anschauungen vertreten, sind nicht geeignet, die eingangs bezeichneten Aufgaben der Volksschule auf dem Gebiete der Erziehung zu fördern. Ähnliche Bedenken machen sich geltend bezüglich der Wahl von Gotteskneuern. Wir erwarten, daß die zur Wahl von Schulvorständen berufenen Körperschaften im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit für die Zusammenfügung der Schulvorstände die vorstehend dargelegten Gesichtspunkte bei Vornahme der Wahl berücksichtigen.“

Die Proklamierung des zweiseitigen Recht für die verschiedenen Parteiangehörigen im Herzogtum Altenburg wird von der „Kreuzzeitung“ wie von der konservativen „Altenburger Landeszeitung“ natürlich mit entsprechendem Subel aufgenommen.

Die Stadt Mainz gegen die Fleischnot.

Von dem Mainzer Stadtverordnetenkollegium wurde ein Antrag des Genossen Abelung, der die Bürgermeisterei ersucht, unverzüglich bei der Regierung Schritte zur Bekämpfung der herrschenden Fleischnot zu tun, einstimmig angenommen.

Der bestrittene Kaiserbrief.

Ein französisches Blatt veröffentlichte dieser Tage einen Brief, den Wilhelm II. an den Papst geschrieben haben soll. Der Brief richtet seine Spitze gegen den in Berlin stattgefundenen Kongreß für freies Christentum und enthält eine Mißbilligung über die Ausweisung der historischen Persönlichkeit des Stiffers der christlichen Religion. Der Inhalt des Briefes deckt sich zwar völlig mit der in Königsberg wieder zum Ausdruck gekommenen religiösen Auffassung Wilhelm II., wie aber der „Berliner Lokal-Anzeiger“ festzustellen ermächtigt ist, hat Wilhelm II. diesen Brief nicht geschrieben.

Noch eine Nachwahl zum Reichstage.

Der polnische Reichstagsabgeordnete Dr. v. Skarzynski ist in Arles-Bains im Alter von 49 Jahren gestorben. v. Skarzynski vertritt den Wahlkreis Kosten-Remonischel, der ein sicherer Besitz der Polen ist. Bei der letzten Reichstagswahl wurden insgesamt 23 586 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Polen 17 519 und die Reichspartei 6034 Stimmen. Im Jahre 1903 stimmten 192 Wähler für den sozialdemokratischen Kandidaten.

Russisches in Deutschland.

Zu der Dienstadt in Bad Nauheim aus Anlaß des Zarenbesuches erfolgte Verhaftung eines verdächtigen Russen mit Namen Mandelberg wird der „Mainzer Volkszeitung“ von einem Freunde des Verhafteten mitgeteilt: Mandelberg ist ein russischer Arzt und war Mitglied der aufgelösten zweiten Duma. Mandelberg hat sich nach seiner Flucht aus Rußland in Moskau an der U-

viere als Arzt niedergelassen und kommt schon seit Dr. Sadren regelmäßig im Sommer zum Kurgebrauch nach Bad Nauheim. Mandelberg ist Marxist. In der Duma vertrat er die Stadt Irkutsk. Die „Mainzer Volkszeitung“ regt an, daß die Landtagsfraktion in der zweiten Kammer die Befähigung der ausländischen Kurgäste in Bad Nauheim aus Anlaß des Zarenbesuches zur Sprache bringt.

Zum Kampf auf den Werften.

Die bürgerliche Presse verbreitete gestern die Meldung — auch wir haben davon Notiz genommen — daß die Werftarbeiter die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften um Verhandlungen ersucht hätten. Die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften habe sich zu einer Besprechung bereit erklärt und seien die Verhandlungen für Anfang nächster Woche zu erwarten. Zu dieser Notiz stehen die Arbeiter-Organisationen in keinerlei Beziehung, wohl aber die Arbeitgeber, wie aus folgendem Bericht des „S. Fremdenbl.“, der sicherlich auch in die Lübecker bürgerliche Presse übergehen wird, ersichtlich ist:

„Arbeiter der Kaiserlichen Werft, Kiel, haben kürzlich vertraulich versucht, eine Besprechung zwischen den ausländischen Arbeitern und den Seeschiffswerften herbeizuführen, zu der sich die Werften auch auf der Basis der 1907 geführten Verhandlungen bereit erklärten. Hierauf erging von dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes eine Anfrage an den Vorsitzenden der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften, ob die Werften bereit seien, in eine Besprechung mit den Vertretern der Arbeiterverbände einzutreten, und zugleich die Anregung, auf die Hinzuziehung von Arbeitern für die Aussprache überhaupt zu verzichten und diese nur zwischen Vertretern der beteiligten Arbeitgeber und der Arbeitnehmer-Organisationen stattfinden zu lassen. Dies Verlangen wurde mit Schwierigkeiten begründet, die bei den Verhandlungen von 1907 durch Hinzuziehung der von den Werften gewählten Vertreter ihrer Arbeiter entstanden seien.“

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, während des Streiks geeignete Vertreter der Arbeiter auf den Werften zu bestimmen, hat die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften daraufhin erklärt, sie sei bereit, am Mittwoch, 7. September, mit den Vertretern sämtlicher acht Arbeiter-Organisationen zusammenzukommen, jedoch unter Hinzuziehung je eines Vertreters der Hirsch-Dunckerschen, der christlich-sozialen Gewerkschaften und dreier Vertreter der nationalen Arbeitervereine auf den Werften.

Die angezeigten acht Arbeiterorganisationen haben heute den Vorschlag der Werften abgelehnt, so daß die in Aussicht genommene Besprechung nicht stattfinden wird. Eine Erklärung für dieses Verhalten ist nur darin zu finden, daß die freien Gewerkschaften alle anderen Arbeiterorganisationen ausschalten wollen.“

Zunächst ist es unrichtig, daß die streikenden Arbeiter oder die Arbeiterorganisationen, soweit sie Veranlasser der Vorschläge an die Unternehmer sind, bei der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften Verhandlungen beantragt haben. Sodann trifft es auch nicht zu, daß die Arbeiterorganisationen die Verhandlungen abgelehnt haben, weil die Zusammensetzung der von den Unternehmern in Aussicht genommenen Besprechung ihnen nicht paßte. Wahr ist, daß von dritter, unbeteiligter Seite in Kiel sowohl bei der Arbeitgeber- wie auch bei der Arbeitnehmer-Organisation angefragt wurde, ob sie zu einer Verhandlung bereit seien. Das wurde von beiden Seiten zugesagt. Diese dritte, unbeteiligte Stelle teilte darauf den Arbeitern mit, daß die Unternehmer zu einer Besprechung bereit seien, und sich die Arbeiter wegen des weiteren an die Organisation der Unternehmer wenden sollten. Die Arbeiterorganisationen glaubten diesem nicht ausweichen zu dürfen und richteten durch den Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter Bezugnahme auf ein ihnen von der erwähnten Vermittlungsstelle überwiesenes Schreiben der Unternehmer die Anfrage an diese, ob sie ihre Zusage auch den Arbeiterorganisationen gegenüber aufrecht erhalten würden. Gleichzeitig wurde angeregt, ob nicht auf die Hinzuziehung von Arbeitern verzichtet werden und die Verhandlungen nur zwischen Vertretern der Organisationen stattfinden könnten. Begründet wurde diese Anregung damit, daß die von Unternehmern im Jahre 1907 hinzugezogenen Arbeiter das Vertrauen des Gros der Arbeiter nicht genießen, sondern Vertrauensmänner der Arbeitgeber seien. Sollten Vertrauensmänner der Arbeiter hinzugezogen werden, so müßten sie aus Wahlen hervorgehen. Da diese aber unter den gegebenen Verhältnissen ziemlich schwierig seien, geben die Organisationen den Unternehmern anheim, auf die Teilnahme der Arbeiter an den Beratungen zu verzichten.

Auf dieses an den Vorsitzenden der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften, Herrn Blohm, gerichtete Schreiben erfolgte zunächst keine Antwort, sondern der Sekretär des Verbandes der Eisenindustrie, Herr Thielow, setzte sich mit dem Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes telephonisch in Verbindung und ersuchte um eine Aussprache. Dessen Verlangen wurde bereitwillig entsprochen, indem neben dem genannten Vorsitzenden Schlicke auch noch die Genossen Schulz und Lange sich zu der Besprechung einfanden. Hier erklärte Herr Thielow namens des Herrn Blohm, daß das Schreiben der Arbeiterorganisationen noch nicht beantwortet worden sei, weil erst noch verschledene Vorfragen zu erledigen seien, deren Behandlung sich in mündlicher Aussprache besser mache. Er habe den Auftrag, diese vertraulich und unverbindlich Besprechung zu führen. Auf diese Erklärung wurde seitens der Arbeiterorganisations-Vertreter auf diese unverbindliche Aussprache eingegangen. Auf Grund der eingegangenen Informationen wollte Herr Thielow berichten und dann Antwort erteilen. Er wurde noch ersucht, da er Zweifel darüber hatte, daß Verhandlungen noch in dieser Woche möglich seien, wenigstens den Zeitpunkt der Verhandlungen telephonisch an Schlicke zu übermitteln, damit er eventuell seine Reisebestimmungen treffen könne. Am Mittwoch früh rief er dann auch telephonisch an und teilte neben dem Ort und Zeitpunkt für die Aussprache mit, daß die Gruppe deutscher Seeschiffswerften bereit sei, mit den Vertretern der acht Gewerkschaften zusammenzukommen unter Hinzuziehung je eines Vertreters der Hirsch-Dunckerschen, der christlich-sozialen Gewerkschaften sowie dreier Vertreter der nationalen Arbeiter-Vereine auf den Werften. Auf die telephonische Benachrichtigung Schlickes an Herrn Thielow, daß so wohl die Sache nicht gehen würde, schlug dieser dann vor, nochmals zu einer Besprechung zusammenzutreten. Auch das geschah. Seitens der Arbeiter begaben sich Schlicke, Schulz und Becker zu der Besprechung und legten Herrn Thielow nochmals ihren Standpunkt auseinander, der in erster Linie darin gipfelte, daß die Arbeiter die Zusammensetzung und Auswahl der Vertreter jeder Partei dieser selbst überlassen wissen wollten, und ebensowenig wie sie sich erlauben, den Unternehmern die Auswahl ihrer Vertretung vorzuschreiben, eine solche Vorchrift von den Unternehmern an-

nehmen können. Der Vorschlag der Unternehmer läßt vermuten, daß es ihnen mit einer Verständigung nicht ernst sei und sie die Verhandlungen zum Scheitern bringen wollten. Im einzelnen werden sodann noch die Bedenken gegen eine Hinzuziehung von an der Einreichung der Forderungen unbeteiligten hervorgehoben und besonders auf die Rolle der „nationalen“ Vereine als „Arbeitsmittler“ hingewiesen. Man schied mit der Vereinbarung, die endgültige Entscheidung der Arbeiterorganisationen Herrn Thielow noch mitzuteilen, gab aber der Überzeugung Ausdruck, daß die Entscheidung nicht anders ausfallen würde.

Die Arbeiterorganisationen nahmen Donnerstag früh Stellung und hielten an der Auffassung fest, daß „in dem gegebenen Moment eine Aussprache über die unterm 11. Juli 1910 eingereichten Vorschläge nur zwischen den Beteiligten, also der Gruppe deutscher Seeschiffswerften als der Einzugsleiterin und Vertretern der acht Gewerkschaften als den Verantwortlichen der eingereichten Vorschläge, stattfinden könnte.“ Mit dem Zeitpunkt und dem Ort der in Aussicht gestellten Besprechung erklärten sich die Arbeiterorganisationen einverstanden. Diese Entscheidung wurde Herrn Thielow telefonisch mitgeteilt und der schriftlich fixierte Wortlaut ihm per Post zugesandt.

Eine Antwort wurde seitens der Gruppe deutscher Seeschiffswerften an die Arbeiterorganisationen nicht mehr erteilt. Auch die offizielle Antwort an den Vorsitzenden des deutschen Metallarbeiterverbandes ist noch nicht eingetroffen, dagegen sind die Tageszeitungen in der Lage, über „ein Scheitern und den Abbruch der Verhandlungen“ zu berichten und dies darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaften andere Arbeitervereine nicht zu den Verhandlungen zulassen wollen.

Das Spiel ist denn doch zu plump und der Zweck der Übung denn doch zu durchsichtig. Daß es den Unternehmern mit Verhandlungen nicht ernst war, merkt ja bald jedes Kind. Des Scheiterns halber spannten sie einen Diktum, Unbeteiligten oder, wie sie es nennen, Arbeiter der Kaiserlichen Werft in Kiel (wohl „national“?) vor ihren Wagen, um die Verhandlungsmöglichkeit zu schaffen. Nur um sich in den Augen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, dessen Unterstützung sie beanspruchten, aber eines „Formstehers“ wegen nicht sofort erleiden, zu rehabilitieren, erklärten sie sich zu einer Besprechung bereit und, man schlägt nicht gerne nur eine Flegel mit einer Klappe, um die Arbeiter hintereinander zu heben, verlangten sie die Hinzuziehung von unbeteiligten Arbeitervereinen zu den Besprechungen. Nicht um die Zurückweisung von „unerschließbaren“ Forderungen, sondern um die Herauskehrung ihres Macht- und Gewaltstandpunktes handelt es sich für die Unternehmer; das haben sie durch ihre jüngste Heldentat bewiesen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 2. September.

Achtung Maurer und Bauhilfsarbeiter. Die Kolonienbauten in Mönchsbühl sind wegen Akkordarbeit gesperrt, des weiteren der Bau C. Werkes, Ecke Rottlöcherstraße, wegen Lohnzahlungsschwierigkeiten.

Zum Kampf auf den Werften.

auf den wir heute in einem umfangreicheren Artikel besonders eingegangen sind, liegen noch folgende Meldungen vor:

In Hamburg mußten auch Mittwoch in mehreren Betrieben die Arbeiter die Infertigung von Streikarbeit verweigern und in der Folge die Arbeit einstellen. Es betrifft diese Arbeitseinstellung die Reparaturbetriebe der Bremer Hansa-Linie und der Austral-Linie. — Ferner verweigerten die Arbeiter der Schiffschmieden von Streblow, Dittmann und Wagner, Böhlig die Lieferung von Streikarbeit. In diesen fünf Betrieben kommen ca. 85 Mann in Betracht. Damit dürften so ziemlich alle Reparaturwerkstätten am Hamburger Hafen in den Streik der Werftarbeiter hineingezogen sein. Im ganzen sind nach Proklamierung des Streiks am 4. August ca. 1000 Arbeiter wegen des Verlangens, Streikarbeit zu liefern, in den Ausstand getreten.

In Bremen demonstrierten Donnerstag mittag 3000 Werftarbeiter durch einen Umzug durch die Stadt. Die Demonstration verlief ruhig.

Die Arbeiter der Reichswerft in Kiel hielten gestern eine von 2000 Personen besuchte Versammlung ab, die sich mit dem gegenwärtigen Stand des Werftarbeiterstreiks beschäftigte. Es wurde eine Resolution angenommen, die den streikenden Werftarbeitern die Sympathie der Versammlung ausdrückt; zugleich wurde erklärt, daß die Arbeiter der Reichswerft jederzeit bereit wären, Extrabeiträge zugunsten der streikenden Werftarbeiter zu zahlen. Erklärt wurde auch, daß die Arbeiter der Reichswerft den Reichswerken das Reichsamt des Innern nicht um Vermittlung ersucht hätten. Die diesbezüglichen Zeitungsmeldungen seien falsch. Der Vorsitzende der Versammlung erklärte zum Schluß, daß Extrabeiträge bei dem gegenwärtigen Stande der Rasse des Verbandes vorläufig noch nicht nötig seien.

Steuergroschen für Kriegsteilnehmer. Wir haben bereits gestern kurz die Tatsache mitgeteilt, daß der Senat die Dreifachigkeit befragt, vom Bürgerausschuß die Bewilligung von 2500 Mk. für Vergütungen und Befähigungen hurra-patriotischer Vereine zu verlangen. Heute wollen wir den ganzen Senatsantrag zum Ausdruck bringen: „In Anlaß der vierzigjährigen Wiederkehr des Sedantages beabsichtigt der Landeskriegerverband Lübeck der zur Erinnerung an die großen nationalen Erfolge der Kämpfe von 1870/71 zu veranstaltenden Feier ein besonders festliches und würdiges Gepräge zu geben. Am Abend des 1. Sept. soll ein Fackelzug die Feier einleiten; am 2. Sept. soll u. a. vormittags auf dem Burgfelde ein Feldgottesdienst stattfinden, während abends in den Stadthallen und im Hansatheater Festvorträge unter Mitwirkung von Künstlern des Stadttheaters veranstaltet werden sollen. Außerdem wird beabsichtigt, die noch lebenden Veteranen in besonderer Weise durch Herausgabe einer Festschrift mit den Namen der Kriegsteilnehmer des Verbandes und der Gefechte und Schlachten, an denen sie teilgenommen haben, zu ehren. Der Landeskriegerverband hat zu diesem Zwecke um die Bewilligung einer Beihilfe in Höhe von 2500 Mk. aus öffentlichen Mitteln nachgesucht. Der Senat ist der Meinung, daß die Absicht des Landeskriegerverbandes, den 2. September d. J. zum Anlaß für eine einheitliche, besonders eindrucksvolle nationale Kundgebung zu nehmen, volle Billigung und Unterstützung verdient; er hält auch die vom Landeskriegerverband erbetene Beihilfe für angemessen. Der Senat hat demgemäß, um eine rechtzeitige Vorbereitung der in Aussicht genommenen Veranstaltungen zu ermöglichen, bereits Verfügung dahin getroffen, daß dem Landeskriegerverband Lübeck zur festlichen Ausgestaltung der Sedantage in diesem Jahre eine Beihilfe bis zum Betrage von 2500 Mk. bewilligt und daß dieser Betrag auf Abschnitt XIXa der Ausgabenliste des laufenden

Staatsbudgets angewiesen werde. Er ersucht deshalb um Nachbewilligung dieser Summen.“ Aus dem Senatsbericht geht hervor, daß die 2500 Mk. fast ausschließlich für Vergütungszwecke ausgegeben worden sind. Die Herren Kameradschaftler wollen hier einmal ins Theater, sie wollen einen Fackelzug sowie anderen Klambim und der Senat hat dann nichts etlicheres zu tun, als in die Taschen der Allgemeinheit zu greifen, um die Kosten dafür zu bezahlen. Er kann es garnicht erst abwarten, bis der Bürgerausschuß seinen Segen dazu gegeben hat, sondern gibt das Geld schon auf eigene Faust fort. Warum greifen die hoch- und vermögenden Herren nicht in den eigenen Beutel, wenn sie diese „nationale Kundgebung“ für wünschenswert halten? Sie haben's doch! Im Schreien des Gegensatz zu dieser Bewilligungsfreudigkeit des Senates steht dessen Haltung, wenn die Sozialdemokraten in der Bürgererschaft Forderungen auf Säuglings- und Tuberkulosenfürsorge, auf Arbeitslosenunterstützung erheben. Dann sind keine Mittel vorhanden. Die Volkswohlfahrt ist eben Nebensache.

Unterstützung für bedürftige ehemalige Kriegsteilnehmer. Schon häufig haben die Sozialdemokraten es im Reichstage als die elementarste Pflicht des Reiches bezeichnet, denjenigen Leuten ein angemessenes Auskommen zu gewähren, die im Kriege sich für das Vaterland zu Krüppeln schließen lassen mußten, oder die infolge ihrer Beteiligung am Feldzuge dauernden Schaden an ihrer Gesundheit litten. Das Reich hat bisher diese Pflicht nicht erfüllt. Wenn deshalb in verschiedenen Einzelstaaten Anträge auf Gewährung von Unterstützung an die Veteranen gestellt wurden, so haben wir ihnen trotz unserer prinzipiellen Stellungnahme zugestimmt. Hier in Lübeck unterbreitete nun gestern der Senat dem Bürgerausschuß folgenden Antrag:

„Der Senat erachtet es für ein Gebot vaterländischer Pflicht, solcher Dankbarkeit in diesem Jahre einen besonderen Ausdruck zu verleihen und glaubt, daß dies in zweckmäßigster Weise dadurch geschieht, daß dem Unterstützungsfonds des Landeskriegerverbandes Lübeck zur Unterstützung bedürftiger ehemaliger Kriegsteilnehmer ein Betrag von 5000 Mk. überwiesen wird. Demgemäß stellt der Senat zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß dem Landeskriegerverbande Lübeck zur Gewährung von Unterstützungen an bedürftige ehemalige Kriegsteilnehmer, die einem der in Lübeck bestehenden Kriegervereine angehören, ein Betrag von 5000 Mk. zur Verfügung gestellt und daß dieser Betrag auf Abschnitt XIXa der Ausgabenliste des laufenden Staatsbudgets angewiesen werde.“

Dieser Antrag ist außerordentlich charakteristisch und spricht Hände für die senatsseitige Auffassung der „vaterländischen Dankbarkeitspflicht“ gegenüber den Kriegsteilnehmern. Ein bedürftiger Kriegsteilnehmer, der sich nicht einer hurrapatriotischen Vereinigung angeschlossen hat, der am Ende gar Sozialdemokrat ist, mag verhungern; ihn kennt das dankbare „Vaterland“, vertreten durch den liberalen Senat, nicht. Die Steuergrößen der Allgemeinheit sind für ihn nicht da. Nicht wer sein Leben in die Schanze geschlagen hat für das Vaterland ist der Unterstützung würdig, sondern wer am lautesten Hurra schreien kann. Ein blutiger Dohn auf die vaterländische Pflicht! Unsere Genossen im Bürgerausschuß stellten denn auch folgenden Abänderungsantrag:

„Daß einer vom Bürgerausschuß aus Lübecker Bürgern zu wählenden unparteiischen Kommission der Betrag von 5000 Mk. zur Gewährung von Unterstützungen an bedürftige ehemalige Kriegsteilnehmer, die ihren Wohnsitz im Lübeckischen Staatsgebiet haben, zur Verfügung gestellt werde mit der Maßgabe, daß bei Gewährung der Unterstützungen die Zugehörigkeit zu einem Kriegerverein nicht in Betracht gezogen werde und daß dieser Betrag auf Abschnitt XIXa der Ausgabenliste des laufenden Staatsbudgets angewiesen werde.“

Diesem einzig richtigen Weg zu beschreiten, lehnte der Bürgerausschuß ab, damit bekundend, daß es ihm nicht um die Unterstützung bedürftiger Kriegsteilnehmer, sondern nur um die Prämiierung von Kriegervereinsmitgliedern zu tun ist. Um aber den schlechten Eindruck, den die Annahme der Senatsvorlage nach außen hin unbedingt erwecken wird, etwas abzuschwächen, nahm man schließlich auch noch ein pflaumenweiches Grundsatz des Rechtsanwalts Fehling an, welches lautet: „In Anlaß der vierzigjährigen Wiederkehr des Sedantages ersucht der Bürgerausschuß den Senat, falls ihm Fälle von Unterstützungsbedürftigkeit ehemaliger Kriegsteilnehmer, welche in Lübeck wohnen, oder einem hiesigen Kriegerverein nicht angehören, bekannt werden, die zu einer angemessenen Unterstützung erforderlichen Maßregeln zu treffen.“ Der Senat wird natürlich auf dieses Ersuchen preisen, denn die betreffenden Kriegsteilnehmer, von denen im Fehling'schen Ersuchen die Rede ist, schließt er in seinem Antrage doch gerade von der Unterstützung aus. Und schließlich ist es dem Bürgerausschuß mit diesem Ersuchen auch garnicht ernst gewesen, sonst hätte er ja für den Antrag unserer Genossen stimmen müssen.

Seine Versammlung unter freiem Himmel fand heute morgen auf dem Burgfelde statt. Dieselbe wurde kurz nach 10 Uhr mit Musik eröffnet. An der Versammlung, die nur von kommandierten oder beorderten Personen besucht war, nahm auch die bewaffnete Macht sowie die „heranreisende“ Jugend teil. Frauen waren, soweit ersichtlich, nicht anwesend. Sie hatten, wohl dem Rufe des „Instrumentals des Herrn“ folgend, ihren stillen Wirkungskreis nicht verlassen. Dagegen mußte wohl „die heranreisende Jugend“ sich, einem sanften Druck der Lehrer folgend, beteiligen. In dieser Versammlung handelte es sich anscheinend um das Thema: „Der massenmörderische Krieg vor 40 Jahren.“ Ob den Teilnehmern gegenüber davon gesprochen wurde, daß Bismarck es war, der die Gmsir Depesche von einer Schamade in eine Fanfare umredigierte, ob weiter in dieser Versammlung auch davon geredet worden ist, daß es heute in der ganzen Welt eine mächtig aufwärtsstrebende Kulturbewegung gibt, die sich in der internationalen revolutionären Sozialdemokratie verkörpert, die fest entschlossen ist, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, massenmörderische volksverheerende Kriege zu verhindern und den wahren Charakter des Gottesgnadentums zu zeigen, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Versammlung selbst war nur von einigen hundert Personen besucht. Daher ist es auch zu verstehen, daß unsere Prozentpatrioten versuchen, die Kosten ihres Amüsemments, das gestern abend bereits begann und heute fortgesetzt wird, auf die Schultern der Allgemeinheit abzuwälzen. Die Mehrheit der Lübecker Einwohnerschaft ist aber sozialdemokratisch gesinnt und hat mit dem hurrapatriotischen Sedantummel der Kriegervereine nichts gemein. Sie protestiert deshalb auch auf das Entschiedenste dagegen, daß man die auch von ihr mitaufgebrachten Steuergroschen für derartige kulturwidrige Zwecke verwendet.

Sterblichkeitsstatistik. In der Woche vom 14. bis 20. Juli sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr

berechnet, als gestorben gemeldet in: Altona 16,7, Berlin 12,2, Bremen 10,8, Charlottenburg 11,7, Köln 16,8, Erfurt 15,6, Frankfurt a. M. 14,0, Hamburg 14,1, Hannover 14,8, Kiel 11,8, Königsberg i. Pr. 19,2, Lübeck 14,5, München 15,8, Stettin 24,1, Wiesbaden 10,0.

Brillantenperle. Wegen Erneuerung des eichenen Bohlenbelages wird die Wielandbrücke vom Montag, dem 5. ds. Mts., ab bis auf weiteres für den Verkehr gesperrt.

Ein kleiner Unfall ereignete sich gestern auf der Buppenbrücke. Dort fuhr ein mit Blechboden hoch beladener Wagen gegen einen Gastanbelager, der schwer ramponiert wurde. Von den herunterfallenden Glasplättern wurde ein Passant am Arm verletzt.

Gefundene Gegenstände. Im Monat August ds. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgeholt: Diverse Portemonnaies mit und ohne Inhalt, sowie lose Geldbeträge, 1 gold. Damenuhr, 1 Nickel-Herrenuhr, 1 gold. und mehrere andere Broschen, 1 gold. Brille, 1 Double-Collier, 1 verfilb. Armband, 1 Granat-Halskette, 1 Revolver, 1 Maßkrug, 1 Schlüssel, 1 Paar-Bürste, 1 Regenschirm, 1 bl. Schürze, 1 Stück wollenes Zeug, 1 Paket mit Wolle, 1 Kopfstift, 1 alter Jacket-Anzug und 2 Bretter.

Die Wassermenge des Krähenteiches betrug gestern nachmittag 13 Grad. Badeanstalt Falkendamm (Watenh) 18 Grad.

pb. Fahrraddiebstahl. Vom Flur des Hauses Westhofstraße 14 ist am 30. v. M. ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen und gerader Lenkstange abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Rad trägt die vom Polizeiamt gelieferte Erkennungsnummer 11 923. Das Vorderrad hat einen neuen Mantel. Das andere Schußblech ist lose.

Im Hansa-Theater findet heute abend die große Eröffnungs-Vorstellung des Vienenstein-Ensembles statt. Wir machen nochmals darauf aufmerksam.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Die morgige vollständige Vorstellung, jeder Platz 50 Pfg., bringt die letzte Wiederholung des Lustspiels „Unsere Käse“ von H. Bogien. Am Sonntag gelangt Paul Heyles Schauspiel „Kolberg“ zur Darstellung. Montag findet die letzte Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen statt und ist hierzu „Der Dieb“ von Henry Vernstein anzusehen. In H. Jbsens „Mora“ wird am Dienstag Herr Hans Helmuth Koch als Dr. Rank gastieren. Die Kartenausgabe für diese Vorstellung erfolgt bereits heute an den bekannten Vorverkaufsstellen. Sonntag, den 11. September, ist Schluß der Spielzeit.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen — Sonnabend — von 5—7 Uhr nachmittags im Lokale von Herrn Freese statt.

Heinsfeld. Parteiversammlung. Auf die am Sonnabend, dem 3. September, abends 8½ Uhr beim Genossen List stattfindende Parteiversammlung seien die Genossen hiermit aufmerksam gemacht. — Arbeiterisiko. Der am Dreischdampfer auf den Bischofssteich beschäftigte Arbeiter Jöbel aus Mittewerda geriet mit dem Kopf in die Maschine. Der Mann muß recht erhebliche Verletzungen davon getragen haben, weil er vom Oldesloer Krankenhaus, wohin der Verletzte überführt wurde, nach Lübeck in das allgemeine Krankenhaus gebracht wurde.

Hamburg. Ein Familiendrama spielte sich am Donnerstag morgen gegen 9 Uhr im Hause Eppendorferweg Nr. 155 ab. Dort wurde der Oberpostassistent H. Löfer, der mit seiner Familie die erste Etage bewohnt, plötzlich vom Irtsinn befallen. Der Wahnsinnige schnitt seinem 5jährigen Sohn mit einem Tischmesser die Halsschlagader durch. Seiner Gattin, die dem Kinde zu Hilfe eilte, brachte er gleichfalls schwere Schnittwunden im Gesicht, am Hals und an den Händen bei, worauf er sich selbst beide Pulsadern durchschnitt. Die gelenden Hilferufe der aus mehreren Wunden blutenden Frau lockten viele Nachbarn aus ihren Wohnungen. Als sie das Heim Löfers betraten, bot sich ihnen ein schrecklicher Anblick. In der Wohnstube lagen Löfer, seine Frau und der kleine Knabe in einer Blutlache auf dem Fußboden. Sofort wurde die Polizei verständigt und ein Arzt gerufen. Dieser ordnete, nachdem er das Ehepaar mit Notverbanden versehen hatte, ihren sofortigen Transport ins Frauenkrankenhaus an, während er dem kleinen Knaben keine Hilfe mehr bringen konnte. Das Kind war infolge der schweren Verletzung verblutet. Die Verletzungen, die Löfer sich und seiner Frau zugefügt hat, sind zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich. — Löfer war, nachdem sich bei ihm eine Nervenkrankheit bemerkbar machte, vor vier Monaten vom Dienste befreit worden und wurde, als das Leiden zunahm, in ein Sanatorium gebracht, da man glaubte, daß er dort geheilt werden würde. Dies war jedoch nicht der Fall. Er wurde kürzlich als ungeheilt aus der Anstalt entlassen. (Demnach wäre diese entsetzliche Bluttat indirekt durch die Mißstände in unserer öffentlichen Fürsorge verschuldet.)

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Mittwoch, den 31. August.

Donnerstag, den 1. September.

D. Halland, Kap. Kollberg, von Kopenhagen, 12 St.
Marie, Kap. Loos, von Sahnitz, 3 Z.
Sigrid, Kap. Andersen, von Flensburg, 1 Z.
Kristin, Kap. Martensen, von Oscarshamn, 4 S.
D. Hornsee, Kap. Euler, von Gmden, 2 Z.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Mittwoch, den 31. August.

D. Bussard, Kap. Nachtwey, nach Petersburg.
D. Westkusten, Kap. Larsson, nach Kopenhagen.
D. Gauthiod, Kap. Rofengreen, nach Stockholm.

Donnerstag, den 1. September.

Gnigheden, Kap. Christensen, nach Aarhus.
Hammerhus, Kap. Holm, nach Allinge.
Margarethe, Kap. Johannson, nach Carlshamn.
D. Orsa, Kap. Andersen, nach Hamburg.
D. Luna, Kap. Riemhöffel, nach Rölln.
D. Fehmarn, Kap. Schacht, nach Fehmarn.
Agil, Kap. Andersson, nach Gothenburg.

Schiffsbewegungen.

D. Jumo ist Mittwoch abend von Rotterdam auf hier abgegangen.

D. Behr Brage ist Mittwoch abend von Gango auf hier abgegangen.

D. Dora ist gestern vormittag in Memel angekommen.

D. Regier ist gestern mittag von Rotta auf hier abgegangen.

D. Storfurken ist gestern nachmittag von Raesloe auf hier abgegangen.

D. Wiborg ist gestern morgen von Looisa nach Wismar abgegangen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.

Verleger: Th. Schwarg, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Samtlich in Lübeck.

Holstenhaus

G. m. b. H.

Lübeck
Holstenstrasse 25-33.

Herbst-Reklameverkauf

allergrößten Umfanges.

Aus den grossen Dispositionen empfehlen wir als ganz besonders günstig für den Einkauf:

KLEIDERSTOFFE

- | | | | |
|---|-------------------------|---|---------------------------------------|
| Kammgarn-Cheviots Billiger Reklamepreis Meter 2.50 1.45 | 95^h | Engl. Fantasie-Stoffe Billiger Reklamepreis Meter 3.50 | 1⁹⁵ M |
| Herbst-Natté-Stoffe Billiger Reklamepreis Meter | 95^h | Zibelin-Stoffe grau gemustert im Herrenstoff-Charakter | 2²⁵ M |
| Gestreifte Fantasie-Stoffe in Homespun-Charakter | 1²⁵ M | Blusen-Flanelle in engl. Charakter | 95^h |
| Fantasie-Tuche gestreift und kariert . Billiger Reklamepreis Meter | 1⁶⁵ M | Gestr. Blusen-Stoffe neuester Ausmusterung | 95^h |
| Blaugrüne Karos neuester Ausmusterung | 1²⁰ M | Einfarbige Blusen-Stoffe in Flanel und Salintuch | 1⁴⁵ M |
| | | | Billiger Reklamepreis Meter 2.25 1.85 |

DAMEN-KONFEKTION

HERREN-KONFEKTION

- | | |
|--|---|
| Neueste Herbst-Paletots Billiger Reklamepreis 15.00 12.00 | 8⁰⁰ M |
| Mod. Herbst-Kimonos Serie I Reg. Wert 18.00 Billiger Reklamepreis | 12⁷⁵ M |
| | Serie II Reg. Wert 21.00 Billiger Reklamepreis 14⁵⁰ M |
| Kostüm-Falten-Röcke aus Kammgarn, Diagonal, schwarz u. blau | 8⁰⁰ M |
| Kostüm-Falten-Röcke aus Satintuch in schöner Machart | 10⁷⁵ M |
| Prakt. Strassen-Röcke aus Homespun, Halbtuch u. Stoffen engl. Art | 3⁷⁵ M |
| Flanellblusen auch Hemdfasson Billiger Reklamepreis 2.95 1.95 | 1³⁵ M |
| Eleg. woll. Herbstblusen in reicher Säumchenarbeit, Kurbelstickerei, Tüll- od. Grätenstichpasse | 6⁵⁰ M |
| | Außergewöhnlich billiger Reklamepreis 7.50 und |
| Weisse Tüllblusen in schöner Machart | 4⁸⁰ M |
| | Billiger Reklamepreis 7.50 und |
| Eleg. weisse Wollblusen mit Seidenstickerei | 7⁷⁵ M |
| Eleg. seidene Taffetblusen mit reicher Kurbelstickerei in moderner Machart | 9⁷⁵ M |
| | Außergewöhnlich billiger Reklamepreis |

- Ein Gelegenheitsposten**
- besserer Herren-Anzüge** in Kammgarn u. Buckskin neueste Herbstfassons, auf Rosshaar in tadelloser Machart
- Regulärer Preis sonst 34 bis 36 Mk. Als Reklamepreis **24⁵⁰ M**
- Ein **Herren-Beinkleider** in Kammgarn und Cheviot, moderne Streifen
- Regulärer Wert bis 9.50 Mk. Billiger Reklamepreis **6²⁵ M**
- Knaben-Anzüge** Größe 1-6, Kittel- und Blusenfassons mit Tressengarnitur und Abzeichen
- Regulärer Preis sonst bis 7.75 Mk. Billiger Reklamepreis **4⁷⁵ M**
- Knaben-Anzüge** Größe 1-6, Norfolk- und Blusenfasson in Cheviot und Buckskin Billiger Reklamepreis **6³⁵ M**
- Knaben-Manchester-Anzüge** Größe 1-6, Blusen-Fasson mit Abzeichen, in schöner Machart. Unverwüstlich! Billiger Reklamepreis **4⁹⁵ M**
- Knaben-Leibchenhosen** Billiger Reklamepreis Serie I **95^h** Serie II **1²⁵ M**

! Reste von Kammgarn- und Buckskin-Stoffen !
für Herren- u. Knabenanzüge, Jackets u. Hosen geeignet,
und Coupons zu besonders billigen Preisen.

SCHUHWAREN

- | | | | |
|--|--------------------------|--|-------------------------|
| Damen-Schnürstiefel in Roßleder und Chevreau-Nachahmung m. Lackk. Reklamepreis | 4⁹⁰ M | Herren-Schnür-, Zug- u. Schnallenstiefel Wichsleder | 4⁹⁰ M |
| Damen-Schnürstiefel amerikanische Form, auch Derby-Schnitt | 8⁴⁵ M | | Billiger Reklamepreis |
| Damen-Schnürstiefel „Original-Goodyear Welt“ Boxkalf u. Chromled. Billiger Reklamepreis | 10⁵⁰ M | Herren-Schnür-Stiefel in Box u. Chevreau-Nachahmung | 6⁷⁵ M |
| | | | Billiger Reklamepreis |
| | | Herren-Zug- u. Schnür-Stiefel „Goodyear Welt“ | 8⁷⁵ M |
| | | | Billiger Reklamepreis |

Ein Posten **Braune Damenstiefel** Serie I Serie II Serie III
Regul. Wert b. 14.50, Billiger Reklamepreis **11⁵⁰ 8⁴⁵ 6⁷⁵ Mk**

Ein Posten **Braune Herrenstiefel** Serie I Serie II Serie III
Regul. Wert sonst b. 16.50, Billiger Reklamepreis **12⁵⁰ 10⁵⁰ 7⁷⁵ Mk**

Ein Gelegenheits-Posten
Schürzen

Braune Kinderstiefel Größe 20-22 **1⁷⁵ Mk.** Größe 24-26 **2⁶⁵ Mk.**
Kinderstiefel Größe 25-30, Regulärer Preis bis 4.90 Mk. Billiger Reklamepreis **3²⁵ Mk.**

Seltener Gelegenheits-Posten
besserer Leibwäsche
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

- 4 schöne Indigo-Serien** mit türkischem Besatz
- Serie I
Kinder-Reform-Schürzen
Größe 95 50 cm **95^h** Größe 110 55 cm **1¹⁰** Größe 125 60 cm **1²⁵** Größe 140 65 cm **1⁴⁰**
- Serie II
Damen-Mieder-Schürz. **1⁵² M**
Billiger Reklamepreis
- Serie III
Kleider-Reform-Schürz. **1⁹⁵ M**
Billiger Reklamepreis
- Serie IV
Eleg. Kimono-Schürzen **2²⁵ M**
Billiger Reklamepreis

In der Lebensmittel-Abteilung
Grosse Ladungen

- | | |
|--------------------------------------|--|
| Weiss-Kohl 3 grosse Köpfe 10 Pfg. | Ia. Schweizerkäse, saftig, Pfd. 78 Pfg. |
| Kartoffeln 10 Pfd. 32 Pfg. | Ia. Tilsiterkäse, vollfett, Pfd. 68 Pfg. |
| Blaue Zwetschen . . . Pfd. 24 Pfg. | Ia. Holländer, alt . . . Pfd. 80 Pfg. |
| Birnen, rotkochend . Pfd. 14 Pfg. | Echter Edamer, vollfett, Pfd. 1.05 Mk. |
| Aepfel Pfd. 15 u. 12 Pfg. | Echter Gorgonzola . . Pfd. 1.20 Mk. |
| Tafel-Aepfel Pfd. 15 Pfg. | Geräuch. Mettwurst . Pfd. 1.05 Mk. |
| Bananen, gelb . . . 10 Stück 46 Pfg. | Ia. Zervelatwurst . . Pfd. 1.40 Mk. |
| Grüne Bohnen 2 Pfd. 13 Pfg. | Speck, fett u. mager . Pfd. 90 Pfg. |
| Echte Perlbohnen . . Pfd. 14 Pfg. | Lachs, geräuchert . Pfd. 1.10 Mk. |
| Rotkohl Kopf 10 Pfg. | Palmitin, . . . Pfund-Paket 65 Pfg. |

- Damen-Taghemden** feinst. Qualität aus Ia. Elsässer Renforcé mit bester Stickerei Regulärer Wert **3.75 Mk.** Außergew. bill. Beklamepreis 2.25 u. **1⁹⁵ M**
- Eleg. weisse Unterröcke** mit reicher Batist- und Mullstickerei
- Serie I **7⁷⁵ M** Serie II **8⁹⁵ M**
Regulärer Wert bis 9.75 Mk. Regulärer Wert bis 15.00 Mk.
- Weisse Untertailen** Billiger mit reicher Hohlsaumarb. Reklamepreis **1²⁵ M**
- Unser Garantie-Schirm „Pluvius“**
Aussergewöhnlich billiger Reklamepreis für Damen **2⁴⁵ M** für Herren in Gloria-Halbs. **3⁵⁰ M** mit schön. Naturstock

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Ar. 205.

Freitag, den 2. September 1910.

17. Jahrg.

8. Internationaler Sozialistischer Kongress.

C. B. Kopenhagen, den 31. August 1910.

Vierte Kommission
(Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik).
(Fortsetzung.)

Nach einstimmiger Annahme der von der Subkommission vorgelegten Resolutionen über die Arbeitslosigkeit folgt die Diskussion über die Arbeitergesetzgebung. Schaper-Holland legt dazu folgende Resolution vor: „Der Kongress bestätigt die Pariser und Amsterdamer Resolutionen über die Arbeitergesetzgebung. Er stellt fest, daß die herrschenden Klassen der verschiedenen Länder seit diesen Beschlüssen Weniges und Unzulängliches auf diesem Gebiete geleistet haben. Die Ausflüchte der Bourgeoisie sind längst widerlegt. Daß internationale sozialpolitische Verständigungen zwischen den Regierungen möglich sind, zeigt die Berner Konvention über die Nachtarbeit der Frauen. Der gewaltige Mehrwert der Kapitalisten und die Vergeudung von Milliarden für militärische Zwecke zeigen die Hinfälligkeit der Behauptung, daß es an den Mitteln für eine ausreichende Arbeiterbeschäftigung fehle. Wir protestieren mit aller Kraft gegen diese unverantwortliche Nachlässigkeit der herrschenden Klasse und rufen die Arbeiterklassen aller Länder zur Bekämpfung dieser Taktik auf. Nur durch kräftig organisierte Gewerkschaften, die auf persönlicher Ernster und ausdauernder Opferwilligkeit beruhen, kann auf die Herrschenden ein genügend starker Druck ausgeübt werden, um sie aus ihrer unverantwortlichen Lässigkeit aufzuwecken.“ — Zur Begründung führt Schaper aus: Die Resolutionen von 1889 und 1904 sind ausgezeichnet und brauchen nur bekräftigt zu werden. Was die Bourgeoisie von Konkurrenzrückichten und fehlenden Mitteln sagt, sind nur Ausflüchte und die Verweigerung auf die internationale Verständigung über die Arbeitergesetzgebung ist bloße Verschleppungstaktik. Dagegen wendet sich meine Resolution. Wir müssen darauf hinweisen, daß gerade die Unternehmer fortgesetzt für verschwenderische Ausgaben für Rüstungszwecke wirken. Wichtig ist auch der Appell an die Arbeiter! Nehmen Sie die Resolution an! — **Mollenbühr-Deutschland:** Inhaltlich sind wir wohl alle mit der Resolution Schaper einverstanden. Es handelt sich wohl nur um eine Diskussion um die Form der Resolution. Das wichtigste ist der Hinweis auf die Verschleppungstaktik der Bourgeoisie und ein kräftiger Appell an die Arbeiter. Bloßer Hinweis auf die Pariser und Amsterdamer Resolutionen genügt nicht, die Forderungen jener Kongresse müssen dem Sinne nach wiedergegeben werden. — **Rothenslein-Ungarn** wünscht, daß die Spitze der Resolution sich nicht nur gegen die industrielle Bourgeoisie, sondern gegen die ganze herrschende Klasse richtet, und daß auch die Notwendigkeit der politischen Organisation für die Arbeitergesetzgebung in der Resolution betont wird. — **Hryn-Frankreich** empfiehlt die französische Resolution, die den Vorzug größerer Kürze habe. — **Wuber-Wolen** schließt sich der Anregung Nothenslein in bezug auf Betonung der politischen Organisation an und wünscht, daß die Forderung der Gleichstellung einheimischer und fremder Arbeiter eingefügt werde, sowie daß das internationale Bureau periodische Übersichten über die Arbeitergesetzgebung der einzelnen Länder veranlasst. — **Lindhagen-Schweden,** Bürgermeister von Stockholm, verlangt, daß die Resolution knapper gefaßt und ein Passus über allgemeines Verbot der Nachtarbeit auch für Männer aufgenommen werde. — **Wanek-Böhmen** wünscht, daß der Hauptnachdruck auf Organisations-, politische und gewerkschaftliche der Arbeiter gelegt werde. — Nachdem noch Genossin **Dezpart-England,** die bekannte Frauenrechtlerin, die Aufnahme einer Reihe von Einzelorderungen in die Resolution gewünscht hat, wird die Resolution an eine Subkommission verwiesen, in die von Deutschland **Mollenbühr** delegiert wird.

An das Präsidium des Internationalen sozialistischen Kongresses ist aus Paris ein auf amtlichem Briefbogen im französischen Ministerium des Innern geschriebener Brief gelangt mit folgendem Wortlaut:

Ministerpräsident,
Minister des Innern.

Paris, 26. August 1910.

Herr Präsident! Als ich vor einigen Monaten in der Deputiertenkammer erklärte, daß ich keine meiner Ideen, keine meiner sozialistischen Überzeugungen aufgegeben hätte, hat mir dieses christliche Glaubensbekenntnis müde Angriffe bei meinen Gegnern eingetragen. Nun, wo der Internationale Kongress versammelt ist, glaube ich, daß die Stunde gekommen ist, um laut vor den Kämpfern der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu versichern, daß, wenn ich in eine neue Situation versetzt worden bin, der ich mich angepaßt habe, ich doch alles, was mir in meiner Machtstellung als Chef der französischen Regierung zur Verfügung steht, tun werde, um die Entwicklung des Sozialismus zu fördern. Um aber die große politische Aufgabe erfüllen zu können, würde ich es gerade in der jetzigen Zeit sehr begrüßen, wenn ich durch eine Rundgebung der Arbeiter der ganzen Welt unterstützt würde. Es ist leichtfertig, wenn meine Gegner mir Preisgabe meiner früheren Grundzüge vorwerfen. Ich würde vor dem Parlament meines Landes ganz anders dastehen, wenn ich sicher wäre der Unterstützung der Kongressmitglieder, um die ich hiermit bitte. Genehmigen Sie die Ausdrücke meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Riside Briand,

Ministerpräsident, Minister des Innern und der Kult.

Schiedsgerichts- und Abrüstungskommission.

Keir Gardie-England wendet sich gegen die Vorschläge der Subkommission. Können die parlamentarischen Vertreter des Proletariats den Krieg nicht verhindern, so müssen es die Arbeiter selbst tun, indem sie sich weigern, Waffen und Munition herzustellen und Kohlen für die Schiffe zu fördern. Natürlich ist dazu Verständigung der Arbeiter sämtlicher beteiligten Länder nötig. — **Wolkowitsch-Rußland** erklärt, er wünsche nicht Ausnahmegesetzgebungen für Rußland, sondern die Aufnahme der allgemeinen Forderung, daß die Soldaten unter das bürgerliche Recht gestellt werden. — Der Vorsitzende **van Kol** erklärt, daß der Vorschlag **Wolkowitsch**, im Anschluß an die französischen Versuche, unter den Soldaten des Heeres und der Marine Agitation zu treiben, nichts mit der Tages-

ordnung zu tun habe und daher nicht zu diskutieren sei. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte verzichtete die meisten Redner auf das Wort. **Cucoblic-Serbien** beklagt sich bitter darüber, daß die österreichischen und namentlich auch die deutschen Sozialdemokraten nicht mit dem nötigen Nachdruck der Eroberungslust der großen Staaten speziell der Annexionspotenzen entgegengetreten seien. Auf dem Balkan sei die Kriegsgefahr eine dauernde. Die ausreichende Unterstützung durch die Sozialdemokratie der größeren Länder sei direkt eine Lebensbedingung für die Sozialdemokratie der kleinen Länder, so auch für die serbische, die ganz nach deutschem Muster organisiert sei. — **Karlows-Schweden** erklärte sich namens der Delegierten seines Landes mit der vorgelegten Resolution einverstanden. — **Bunne-Belgien** gibt eine entsprechende Erklärung für die belgischen Delegierten ab, fügt aber hinzu, daß die belgische Delegation im Prinzip für das Amendement **Keir Gardie-Vallant** sei. Sie würde jedoch dagegen stimmen, daß es von deutscher Seite als unannehmbar bezeichnet worden sei. — **Statulla-Böhmen:** Im Gegensatz zu den Deutschen in Österreich haben die tschechischen Genossen mit der größten Verpe die Annexionspolitik der Regierung bekämpft. Mit der Balkanpolitik müssen sich die Landsmannschaften Österreichs in Zukunft viel intensiver beschäftigen. **Kenner-Osterreich:** Prinzipielle Unterschiede in der Bekämpfung der Balkanpolitik haben zwischen den verschiedenen Landsmannschaften in Österreich nicht bestanden. Auch die deutschen Genossen in Österreich haben die Eroberungspolitik sowohl Österreichs, wie Serbiens und Montenegros bekämpft, und stets das Selbstbestimmungsrecht der Völker bekräftigt. Wegen dem Gebot der internationalen Solidarität ist von den deutschen Sozialdemokraten Österreichs verstanden worden. Vollige Übereinstimmung über die komplizierte Balkanpolitik gibt es nirgendwo. Was die Resolution betrifft, so kann sie nicht zu sehr ins Einzelne gehen. Sie kann nur zusammenfassen, was als Spruch für alle Länder anzusehen ist. Die Forderung der Abrüstung bedeutet nicht Wehrlosmachung, da ja ein Übergang vom stehenden Heere zum Volksherr vorgezogen ist. Ein späterer Kongress muß das antimilitaristische Programm des Proletariats aufbauen und dafür sorgen, daß dem Kriege auf dieser Erde ein Ende bereitet wird. (Beifall.) — Unter Ablehnung des Amendements **Vallant-Keir Gardie** betr. den allgemeinen Streik zur Verhütung des Krieges und nach Übergang zur Tagesordnung über die Unterjochung der Soldaten unter das bürgerliche Recht als nicht zur Materie gehörig wird die Resolution der Subkommission gegen die eine Stimme des Italiener **Morgari** angenommen. In der nach Nationen erfolgten Abstimmung über das Amendement **Vallant-Keir Gardie** werden 119 Stimmen dagegen, 58 Stimmen dafür abgegeben. Zum Referenten im Plenum wurde **Ledebour**, zum Korreferenten **Keir Gardie** bestimmt.

Es folgt die Beratung über die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse. Einstimmig angenommen wird eine Resolution **Vallant**, wonach bei drohenden Konflikten zwischen zwei oder mehr Ländern der internationale Sekretär auf das Ersuchen von mindestens einem der beteiligten Proletariate das internationale Bureau, sowie die interparlamentarische sozialistische Kommission möglichst dringend an einem geeigneten erscheinenden Orte zusammenzuberufen hat. Ebenfalls einstimmig angenommen wird ferner eine Resolution **Fliegen-Holland**, die unter Hinweis auf die Schwierigkeit von Normalanweisungen für Ausführung internationaler Kongressbeschlüsse den Parteien der einzelnen Länder diese Ausführung zur Pflicht macht und dem internationalen Bureau Berichterstattung über die Durchführung aufträgt.

Um 12 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Zweite Plenarsitzung.

C. B. Kopenhagen, den 1. September 1910.

Der Vorsitzende **Branting-Schweden** eröffnet die Sitzung und schildert kurz die Fortschritte, die die Arbeiterbewegung auch in Schweden genommen hat. 35 sozialdemokratische Abgeordnete sind gegenwärtig im schwedischen Reichstag. (Beifall.) Im vorigen Jahre wurde der große Generalstreik ausgefochten. Wenn er den schwedischen Arbeitern auch den Sieg nicht gebracht hat, noch weniger sind sie besiegt oder niedergeschlagen worden. (Beifall.)

Dann machte der internationale Sekretär **Duysmans** eine Reihe Mitteilungen an den Kongress. Beim Internationalen Sozialistischen Bureau sind anlässlich des Kongresses über 100 Zuschriften eingegangen, darunter der bereits mitgeteilte Brief **August Bebel**. Auf dem Kongress sind 887 Delegierte anwesend, davon 189 aus Deutschland. Auf Vorschlag **Branting** beschließt der Kongress, an **Bebel** ein Anschlußtelegramm zu schicken.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten, an deren erster Stelle die Arbeitslosenversicherung stand. Vom Gen. **Abolf Braun** liegt hierzu eine Resolution vor, die die Arbeitslosigkeit als untrennbar von der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnet und in einzelnen folgende Forderungen aufstellt: 1. Statistische Mitteilungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit. 2. Zahlung der von den Genossenschaften anerkannten Löhne. 3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosen in Zeiten einer industriellen Krise. 4. Arbeitslosigkeit darf keine Minderung der politischen Rechte zur Folge haben. 5. Errichtung und Unterstützung aller Arbeitsnachweiseinrichtungen. 6. Behebung der Arbeitslosigkeit durch gesetzgeberische Maßnahmen und 7. Obligatorische Arbeitslosenunterstützung.

Berichterstatter **Abolf Braun:** Die Arbeitslosigkeit ist eine in das Leben der Arbeiterklasse tief einschneidende Krankheit, für die wir die Gesellschaft selbst verantwortlich machen müssen. Sie hat ja auch selbst schon Maßnahmen gegen dieses Übel ergriffen, weil sie fühlt, daß sie in ihren Grundfesten erschüttert wird, weil Hunderttausende von Arbeitern kein Brot haben. Der sozialdemokratische Standpunkt zur Arbeitslosigkeit ist klar. Wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit nicht abgeschafft werden kann, solange die kapitalistische Produktionsweise herrscht. Aber wir wissen auch, daß wir innerhalb dieser Produktionsweise alles tun müssen, um das Elend der Arbeiterklasse zu mildern. Heute steht es ja so, daß die Arbeiterklasse allein die Kosten der Arbeitslosigkeit tragen muß. Die Gewerkschaften leisten unvergleichlich mehr für die Arbeitslosigkeit, als Staat und Gesellschaft. Aber diese Lasten, die die Gewerkschaften freiwillig auf sich genommen haben, sind ungeheuer groß geworden. Sie verschlingen heute mehr als der

unmittelbare Kampf für die Besserstellung der Arbeiter. Daher muß jetzt eine öffentliche, rechtliche, allgemeine und obligatorische Arbeitslosenunterstützung durch den Staat eingeführt werden. Für die nächsten Jahre müssen wir mit großen ökonomischen Revolutionen rechnen, die die industrielle Reservearmee gewaltig answellen lassen und ungeheure finanzielle Leistungen an die Gewerkschaften stellen werden. Wir wollen darum nicht alle Lasten der Arbeitslosigkeit auf unseren breiten Rücken nehmen, sondern die Kapitalisten zu Leistungen zwingen, zumal allein der Kapitalismus von der Arbeitslosigkeit Vorteile gezogen hat. Was die allgemein öffentliche rechtliche Arbeitslosen-Versicherung durchgeföhrt ist, verlangen wir von Staat und Gemeinden usw. bessere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Zunächst ist eine regelmäßige Feststellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit notwendig. Weiter verlangen wir außerordentliche Notstandsarbeiten, die aber von dem Charakter der Wohlthätigkeit und der Fürsorge weit entfernt sein müssen, die zu keiner Schwächung der politischen Rechte führen und nicht zur Schmutzfunktion werden dürfen. Wir fordern ferner öffentliche Nachweiseinrichtungen, auf die die Gewerkschaften Einfluß haben müssen, sowie Unterstützung der Arbeitsnachweiseinrichtungen der Gewerkschaften durch öffentliche Mittel, wie das in Dänemark und in einigen belgischen Städten geschehen ist. Die Freiheit der Gewerkschaften darf dadurch in keiner Weise beeinträchtigt werden. Unsere Resolution stellt einen Kompromiß dar. Wir haben uns nach Möglichkeit bemüht, allen Wünschen gerecht zu werden. (Beif. Weifall.) — **Macdonald (L. B. und J. L. B.):** Der englischen Sektion ist die vorliegende Resolution zu schwach. Wir hätten gewünscht, daß in erster Linie das Recht auf Arbeit bei Gewerkschaftslöhnen gefordert werden wäre. Obwohl sie mit den Grundprinzipien der Resolution einverstanden ist, kann die britische Sektion nicht für sie stimmen. — Berichterstatter **Braun:** Die Forderung des Rechts auf Arbeit mit den Faire Wages kann die kapitalistische Gesellschaft nicht erfüllen. Nicht durch das Recht auf Arbeit, sondern durch Abschaffung des Kapitalismus wird die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. (Lebhafter Weifall.) Wir haben es hier mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Staates zu tun. Hier in Dänemark ist durch unermüdete Agitation in dieser Beziehung einiges erreicht worden. Speziell hat der dänische Staat die Gewerkschaften als die besten Organisationen zur Milderung der Arbeitslosigkeit unterstützt. Mit **Simoni** wollen wir die Unternehmer für den Schaden haftbar machen, den sie der Arbeiterklasse durch die Arbeitslosigkeit zufügen. — **Duelch S. L. B.** erklärt in Übereinstimmung mit **Macdonald**, daß die englische Sektion die Resolution als zu schwach ablehnen müsse. — Die Resolution **Braun** wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Engländer und ein Teil der Franzosen enthalten sich der Abstimmung. Schluß 12¼ Uhr.

Deutsche Delegation.

Leipart-Stuttgart protestiert gegen die am Vormittag vom Kongress angenommene Resolution zur Arbeitslosenfrage. Es sei eine ganz unmögliche Forderung, die Kosten der geforderten staatlichen Zwangs-Arbeitslosen-Versicherung ausschließlich den Unternehmern aufzuerlegen, während die Verwaltung ausschließlich von den Arbeitern abhängen soll. — **Mollenbühr** ist auch nicht mit der Resolution einverstanden, weist aber darauf hin, daß die deutsche Resolution über die Arbeitslosen-Versicherung durch den internationalen Beschluß nicht berührt werde. — Der Antrag **Leipart**, eine Erklärung über die Resolution in der Frage der Arbeitslosen-Versicherung abzugeben, wird abgelehnt, worauf **Leipart** erklärt, daß die Minderheit eine Erklärung im Plenum abgeben werde. — **Richard Fischer-Berlin** schlägt **Leipart** zur Berichterstattung über die Militärkommission vor. — **Paase-Königsberg** bezeichnet die Frage des Streiks im Kriegsfalle als noch nicht spruchreif.

Sitzung des Internationalen Bureaus.

Die ungarische Frage.

Die ungarische Sektion erkennt die Mandate der Genossen **Alpari** und **Stoffer** nicht an. Der Sekretär der ungarischen Partei **Duchinger** bittet die Entscheidung der ungarischen Sektion zu bestätigen. **Alpari** sei aus der ungarischen Partei ausgeschlossen und **Stoffer**, der sich ständig im Auslande aufgehalte, habe das Mandat von einer Organisation erhalten, die kein Recht habe, an dem Kongress teilzunehmen. **Stoffer** erklärt, er habe zwei völlig reguläre Mandate, darunter eines von dem Verein **Budapester Zeitungsaussträger**, der sowohl der Partei wie der Gewerkschaft angeschlossene sei. — Bei zahlreichen Stimmhaltungen wird mit 8 gegen 5 Stimmen das Mandat **Stoffers** für ungültig erklärt. **Alpari-Ungarn** erklärt, er sei hier als Vertreter international-organisierter Gewerkschaften. Sein Ausschluß aus der ungarischen Partei, über den er übrigens beim Internationalen Bureau Klage führe, genüge nicht, ihm sein Mandat abzuerkennen. — **Rosa Luxemburg:** Bei internationalen sozialistischen und Gewerkschaftskongressen müssen wir einen anderen Maßstab anlegen als bei Parteitagungen der einzelnen Länder. Wir lassen die englische **R. B.** zu, die keineswegs rein sozialistisch ist, und wir haben in Stuttgart Delegierte zugelassen, die eben erst von der deutschen Partei ausgeschlossen waren. — **Abler-Wien** erklärte, er habe sich beim Fall **Stoffer** der Abstimmung enthalten, werde aber gegen **Alpari** stimmen, der nicht von einer lokalen Organisation, sondern vom Parteitag ausgeschlossen sei. Der Vorgang der Deutschen Delegation in Stuttgart könne nicht maßgebend sein. — Mit großer Mehrheit wurde das Mandat **Alpari** aberkannt. — Eine Resolution de **Leon** über die Auslieferung russischer Genossen aus Amerika wird der fünften Kommission überwiesen.

2. Plenarsitzung, Nachmittagsitzung.

Den Vorsitz führt **Keppen-Norwegen**. Zur Debatte gestellt werden die Resolutionen der fünften Kommission über die Einigkeit, die Todesstrafe, über Argentinien, Japan, Türkei, Spanien, Persien und Finnland. Die Resolution Frankreichs über die Einigkeit lautet: „In Anbetracht der durch ihre Einigkeit, welche sie unmittelbar nach dem Kongress von Amsterdam unter dem Beistand der Internationale durchgeführt hat, erzielten Ergebnisse, eruchten die französischen Sektion den Kongress, die im Jahre 1904 erteilten Anweisungen zu erneuern und die noch gelpaltenen

Interessant ist hieran nicht nur, wie der Gewerksverein die Öffentlichkeit zu beschwichtigen sucht, sondern es zeigen sich auch die nahen Beziehungen, in welchem er zur „Post“, dem schärfsten Scharfmacherorgan, steht.

Bisher hat es der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter verstanden, der manchmal alle Dämme durchbrechenden Flut der Sozialdemokratie Widerstand zu leisten. Er hat deshalb auf die Hilfe aller derjenigen, welche nicht wollen, daß die Bergarbeiterchaft der Sozialdemokratie überantwortet wird, berechtigten Anspruch.

So schrieb am 25. Juli das Sprachrohr der christlichen Gewerkschaften, die „Königliche Volkszeitung“. Diese Unterstützung ist dem Zentrumsgewerksverein im reichsten Maße zuteil geworden. Die Feinde haben alles getan, um den Gewerksverein herauszuheulen; auf vielen Feinden wurde der schlimmste Terrorismus gegen die Bergarbeiterverbände gelübt, um ihnen die Wahl zu erschweren. Die Chancen standen nach Lage der ganzen Verhältnisse, wie wir in einem früheren Artikel zahlenmäßig nachgewiesen haben, infolge der einengenden Bestimmungen des Wahlgesetzes für den Gewerksverein bedeutend günstiger, wie für den Bergarbeiterverband. Und trotzdem die vernichtende Niederlage! „Der stärkste Damm gegen die Sozialdemokratie“ hat sich als eine bedeutungslose Sanddüne erwiesen. Was der 29. August begonnen, wird der 17. September, der Tag der allgemeinen Wahlen vollenden.

Christliche Liebesmüh. Vor kurzem konnten wir berichten, wie der Vorsitzende der Christen in Sulzbach, Schleicher mit Namen, durch Schreiben an den Lokalwirt Schall die Zahlstelle des Brauereiarbeiterverbandes obdachlos machen wollte. Er hatte kein Glück damit; später versuchte er sein Ziel mit Hilfe des Kriegervereins zu erreichen. Der Wirt erhielt zu gleicher Zeit folgende zwei Briefe:

Erster Brief:
Werter Herr Schall!
 Im Auftrage der ganzen Verwaltung des Christlichen Metallarbeiterverbandes unterbreite ich Ihnen folgendes Schreiben. In dem das Ihnen für gewöhnlich noch in Erinnerung stehen wird das wir am 20. Mai 1906 einen Verein gründeten der den Namen Christlicher Metallarbr. Verb. führt in Ihrem, geschätzten Lokal. Wo auch Sie eben die ganze Zeit unsere Bestehen, des Verbandes uns auf beste unterstützt haben,

aber wie ich leider bemerkt habe sollte auf einmal die Freilichkeit gestört werden von, Ihrer geschätzten Seite aus

Daher ärgere ich das Sie uns auch fernerhin in allen Bestrebungen unterstützen möchten und soziales Verständnis zu jeder Hinsicht uns beibehalten möchten,

Ferner gebe ich Ihnen bekannt, daß wir Sie nach besten Kräften unterstützen, und wir aus Mietegeld ferner hin leisten für Ihr geschätztes Lokal.

Darum ersuche ich Sie sollten, Sie die gegnerische Organisation noch weiter Ihren geschätzten Saal zu überlassen so sind wir genötigt ein anderes Lokal zu mieten, darum nochmals einer baldigsten Rückänderung sieht entgegen.

Wolfgang Schleicher
 Vorsitzender

Bitte unterschreibt Schall

Zweiter Brief:

Werther Herr Schall!
 In dem ich ein Erfahrung gebracht habe das sie in unser Vereinslokal ein Sozialistisches Verein einmühen wollen, so sind wir gezwungen unser altes liebes Lokal zu verlassen, aber mit behauern indem wir daselbe schon viele Jahre als wohnung unseres Vereins schon benötigen.

Schenk Johann
 Vorstand.

Dem Brief war ein Zettel folgenden Inhalts beigelegt:

Werther Herr Schall,
 möchte ich Sie dringend ersuchen auf Beide Formulare deinen Namen zu setzen, und daselbe zu Post senden. Porto bezahlen wir.

Grüß Schleicher
 unbedingt.

Christen und Kriegervereine haben abziehen müssen; ihre Bemühungen, im Verein mit der katholischen Geistlichkeit die moderne Arbeiterbewegung aus Sulzbach wieder zu verdrängen, ist trotz aller skrupellosen Mittel vergebens. Ein Lokal haben sie den Gewerkschaften schon abgetrieben; der zweite Wirt hat den schamlosen Brüdern in Christo die Zähne gezeitigt.

Zweiter internationaler Bäcker- und Konditorenkongress in Kopenhagen. Am 26. und 27. August tagte in Kopenhagen der zweite internationale Kongress der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen. Vertreten waren sieben Länder durch 20 Delegierte mit 40 249 Mitgliedern, darunter Deutschland (6 mit 24 000), Österreich (2 mit 7049), Schweden (4 mit 8500), Dänemark (6 mit 2100), Zuckerwaren- und Schokoladenarbeiter (1 mit 150), Norwegen (1 mit 900), Schweiz (1 mit 550); nicht vertreten sind, Amerika, Holland, Österreich (Zuckerbäcker), England, Frankreich, Ungarn, Italien. Als Gast ist anwesend Jirakel-Böhmen. Zur Leitung der Verhandlungen wurden Allanmann-Hamburg und Zipper-Wien, als Protokollführer Kahl und Lanke-Hamburg bestimmt. Das internationale Sekretariat wurde auf dem ersten Kongress 1907 in Stuttgart mit Allmann-Hamburg als Sekretär eingesetzt. Zum ersten Male war es möglich, ein anschauliches Bild über die Entwicklung der dem Sekretariat angeschlossenen Organisationen geben zu können. Die Mitgliederzahl beträgt in diesen Verbänden 49 674 bei einer Gesamteinnahme von 2,03 Millionen Mark und einem Vermögensbestand ultimo Dezember von dreierhalb Millionen Mark. Der tschecho-slawische Verband der Bäckerarbeiter Österreichs mußte aus dem Sekretariat ausgeschlossen werden, weil er entgegen den getroffenen Vereinbarungen den Zusammenschluß mit dem Zentralverband der Bäcker Österreichs nicht vollzog, sondern die böhmischen Fachvereine der Bäcker in eine Zentralorganisation umwandelte. Der erste Kongress in Stuttgart hat in dieser Beziehung Normen getroffen, daß von einem Land nur eine Organisation einer Branche dem Sekretariat angeschloffen sein kann. Der Vertreter der tschecho-slawischen Separatisten verteidigte das Verhalten der Organisation und motivierte die Gründung des Nationalverbandes mit den allgemein vorherrschenden Ansichten der böhmisch-separatistischen Gewerkschaftsführer. Der Kongress befürwortete jedoch den Ausschluß aus dem Sekretariat. Silberer-Wien hatte das Referat zur Gründung einer internationalen Vereinigung der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen übernommen. Dazu lag dem Kongress ein Reglement vom österreichischen Bäckerverband vor, in welchem die näheren Bestimmungen über die Vereinigung, die Aufgaben des Sekretariats, die Obliegenheiten der Verbände, Regelung zur Verhinderung des Zuganges von Arbeitskräften bei Streiks und Aussperrungen, sowie die finanzielle Unterstützung bei den Kämpfen vorgelegen ist. Das Reglement wurde einstimmig angenommen. Über die Streiks und Aussperrungen referierte Kahl-Hamburg. Er empfahl die Errichtung eines Rates, der bei großen Kämpfen mit dem Sekretär die Unterstützungsfrage zu regeln hat. Hierzu beantragten die skandinavischen Organisationen: Wenn 25 Prozent der Mitglieder eines Landesverbandes im Streik oder in einer Aussperrung sind, so hat der Sekretär mit den Beiräten die für solche Kämpfe notwendigen Unterstützungssummen festzusetzen. Der Kongress stimmte der Anregung des Referenten zu. Als Beiräte wurden von den Skandinaviern Sjöstedt-Stockholm, von Österreich Silberer-Wien bestimmt. Die Arbeiterschutzgesetze behandelte Lanke-Hamburg. In den letzten drei Jahren sei in dieser Beziehung von den Landesregierungen nichts geschehen, um die Berufsgenossen, wie die Konsumenten zu schützen. Die Forderungen, welche von den Berufsgenossen erhoben werden, liegen nicht nur im Interesse dieser, sondern weit höher, in dem der Konsumenten. Eine Resolution, in welcher die Programmforderungen an die Unternehmer und die Regierung niedergelegt sind, fand einstimmige Annahme. Allmann-Hamburg besprach die Stellvermittlung. Der Kongress erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden, daß in den Fachblättern Aufklärung über solche Firmen und Orte gegeben wird, wohin mit besonderer Vorliebe Ausländer in den Unternehmerrichtungen gesucht werden. Ferner sollen die einzelnen Landesorganisationen dahinwirken, paritätische Arbeitsnachweise unter Anschluß an die städtischen Arbeitsnachweise zu errichten. Der Beitrag pro Mitglied und Jahr, welcher bisher 2 Pfg. betrug, wurde auf 3 Pfg. festgesetzt und ist derselbe nach Schluß des ersten Halbjahres an das internationale Sekretariat abzuliefern. Als Sekretär wurde einstimmig Allmann-Hamburg gewählt. Die Bestimmung des nächsten Kongresses wird dem Sekretär mit den Beiräten überlassen. Im Schlußwort wies Allmann darauf hin, daß die Beschlüsse alle einstimmig gefaßt wurden, er erwartet daher, daß die dem Sekretariat angeschlossenen Verbände alles daran setzen werden, um dieselben auch zur Ausführung bringen zu können. Unsere internationale Vereinigung sei eine der jüngsten in der großen Arbeiterbewegung, sie habe aber in der kurzen Zeit rüstig getrebt, den übrigen Berufsvereinigungen nachzu-

effern und in einem gewissen Grade sei es auch gelungener. Der Kongress wurde mit einem begeisterten Aufgenommen. Doch auf die internationale Arbeiterbewegung geschloffen.

Soziales.

Gegen die Konkurrenzklause. Das Dortmunder Kaufmannsgericht beschäftigte sich mit den Abänderungsvorschlägen des preussischen Handelsministers für die Konkurrenzklause. Gleich zu Beginn der Verhandlungen wurde ein Antrag auf völliges Verbot jeder Konkurrenzklause mit 7/8 Mehrheit angenommen. In einer Besprechung der Regierungsvorlage trat man garnicht erst ein, da auch diejenigen, die gegen die völlige Beseitigung der Konkurrenzklause gestimmt hatten, erklärten, daß die Vorschläge des Handelsministers gegenüber dem heutigen Zustande eine wesentliche Verschlechterung für die Handlungsgeschäften bedeuteten.

Aus Nah und Fern.

Ein Balkon abgestürzt. Aus Königsberg wird gemeldet: In der Georgstraße ist ein Balkon vom dritten Stock abgestürzt. Der Bahnbeamte Falck, der sich mit seinem vierjährigen Söhnchen gerade auf dem Balkon befand, ist schwer verletzt, der Knabe getötet worden.

Unselige Tat. In Brandenburg wurde die Frau eines Wessfabrers mit ihrem dreijährigen Söhnchen an einem Fensterkreuz erhängt aufgefunden. Die seit längerer Zeit kränkliche Frau verübte die Tat zweifellos in einem Anfall von Schwermut.

Mord. In Modderwie bei Driesen (Neumark) wurde die Witwe Glosinski im Armenhause ermordet. Der Mörder setzte darauf das Haus in Brand, um sein Verbrechen zu verbergen.

Doppel-Mordmord. In Ohrdruf bei Erfurt wurde in der Nacht zum Mittwoch die Frau des Rentiers Hochröder in ihrer Wohnung mit einem Beil ermordet; ihr 8jähriger Sohn, der bei der Tat zugegen war, wurde durch Beilhiebe tödlich verletzt. Im Laufe des Mittwoch-Nachmittags wurde bereits eine Verhaftung vorgenommen. Ob die Täter auch geraubt haben, steht noch nicht fest, ist jedoch anzunehmen, da die Hochröder'schen Eheleute als vermögend gelten.

Neues Erdbeben in Süd-Italien. Mittwoch wurde die Stadt Reggio di Calabria wieder von einem starken Erdbeben heimgesucht. Unter den Bewohnern entstand eine Panik, die noch durch einen Brand in den Militärbaracken vergrößert wurde. Das Feuer verursachte eine Explosion. Ein Munitionsdepot flog in die Luft; ferner wurden sämtliche Ställe eingestürzt. Nur mit größter Mühe gelang es der Feuerwehr, den Brand zu lokalisieren.

Des Priesters Liebesabenteuer. Unter dem Titel „Triumph der Priesterromer“ veröffentlicht die „Vita“ aus einer Gerichtsverhandlung in Florenz folgende Geschichte: In Trevi war ein wunderhübsches 24jähriges Mädchen namens Michelina Roschetti mit Guiguelmo Pietro, dem Bruder des Ortspfarrers, verlobt. Der Priester aber, Guiguelmos Bruder, verliebte sich in die schöne Michelina. Er beschwerte und verführte sie schließlich, nachdem er ihr versprochen hatte, sein geistliches Gewand abzulegen und sie zu heiraten. Beide entflohen dem Zorn des betrogenen Verlobten nach Florenz. Hier aber bekam der Pfarrer Don Michele Gewissensbisse, weil er die Messe nicht mehr lesen konnte. Er wandte sich an die kirchlichen Behörden und bat um seine Wiedereinsetzung. Diese waren gern bereit, dem reuigen Sünder wieder eine Seelsorge zu übertragen, falls er die über ihn verhängte Kirchenstrafe in einem Kloster abgehört hätte. So geschah es, und der Priester war von dielem Augenblick an spurlos verschwunden, mit ihm aber auch 400 Lire aus dem Besitze ihrer Geliebten und ihre goldene Uhr. Die Betrogene zeigte den Diebstahl an und erklärte dabei, Don Michele habe sie mit dem Revolver in der Hand gezwungen, ihm zu Willen zu sein. Don Michele, der unauffindbar ist, wurde in contumaciam zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
 Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Zu vermieten Süßstraße 79
zweite abgeschlossene Etage,
 3 Zimmer nebst Zubehör. Miete 280 Mk.
 Näheres Wahnstraße 14.

Ein freundliches Logis
 zu vermieten
 Friedensstraße 21.

Gef. zum Januar od. April 2-3
Stuben-Wohnung vor d. Tor. Ang.
 unt. Produktenhändler an die Exp.

1 Scheidenschiefstare
 zu verkaufen. Mittelstraße 18 a.

Zwei guterhaltene Bettstellen
 mit Sprungfeder matr. bill. z. verk.
 Schwanacherstr. 8, Btg.-Lad.

Ein fast neuer, guterhaltener
Kinderwagen billig zu verk.
 Sadomaststraße 29, part.

Gesucht **Wrotente** oder **Wrot-**
niederlage zu 20 Proz. Verdienst.
 Angebote unter **K W** an die Exp.

Fortzugshalber 2 Schweizer Ziegen
 (ca. 2-3 Jähr täglich), 1 schönen Hof-
 oder Ziehhund, 3 Zünger, 1 Futter-
 oder Zuchtsau zu verkaufen.
 Zu erfragen Fünfhausen 22.

Fahrrad- und

Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden sachgemäß u.
 billig ausgeführt unter prompter Be-
 dienung. Gemill. Bernat. bill. u. gut.
 Carl Heyerl, Lübeck.
 Mehl, Allee 6a. Fernspr. 352.

Meiereibutter Pfd. 120 Pf.
 Speck, fett u. mager Pfd. 90
 Schweizer Käse 80
 Zister Fett-Käse 60
 Guter Käse 40
 9 Stück Eier 60
 10 Sommer-Perlinge 45

Eduard Speck, Süßstraße 80 und 82.

Mein Tilsiter Vollfett Pfd. 65 Pfg.
 schmeckt delikat.

Obere Wahnstr. 10. Hans Wegener.

Ba. Schweinefleisch 70
 Bratenstücke, pro Pfd.
 Ger. Schweinsbuden 65 u. 75
 ohne Knochen per Pfd.
 Ba. weiß. Schmalz Pfd. 85, 80
 b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd.
 f. Abnahme u. mag. Speck Pfd. 90, 85
 b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd.
 Jeden Sonnabend von 5 Uhr an
heiße Knackwürst.
 ff. Aufschnitt pro Pfd. 1 Mk.

M. Lahrz, Böttcherstr. 16.

Nur Süßstr. 83/85.

Eine große Partie
Tilsiter Fettkäse
 Pfd. 35, 40, 45 und 50 Pfg.
 Camembert per Stück 15 Pfg.
 Eine Partie Schweizer
 Pfd. 70, 80 und 90 Pfg.

Johann Schacht, Süßstr.

Margarine
 1 Pfd. 60, 70, 80 u. 85 Pf.
 2 115, 135, 155, 165
 Weinf. Kochäpfel Pfd. 10
 Tafeläpfel Pfd. 15 und 18
 Saft. Einf.-Birnen 2 Pfd. 25
 Tafelbirnen Pfd. 20

P. Boldt, Schlachtere

Wahnstr. 22. Fernspr. 2133.

Sonnabend abend von 7-8 Uhr
Schweinefleisch Pfd. 65 Pf.
 zu verkaufen.
 und Sonnabend, d. 10. ds., werden
Haus- und Küchen-Geräte
 daselbst verkauft.

Empfehle zum Sonntag:
 Ba. Jg. kernsettes Rindfl. Pfd. 85 Pf.
 Bratenstücke Pfd. 70-80
 Schelbenbeesteat Pfd. 1.10 Mk.
 Rostfleisch 90 Pf., Gulasch 80 Pf.
 Gedacktes 80 Pf., Schweinefl. 75 u. 80
 Hammelfleisch 80 Pf., Keule 90 Pf.
 Kalbfleisch 60 Pf., Keule 70 Pf.
 Fetten und mageren Speck 90 Pf.
 Sowie sämtliche Würstsorten.
 Filet 1.30 Mk.

H. Kesten

Holstenstr. 17.

Kinderwagen

Betten

Möbel

Anzüge

Damengarder.

Betten

Kredit

aller Art.

Möbel

Mit 15 Mk. Anzahlung

1 Zimmer und Küche

Mit 30 Mk. Anzahlung

2 Zimmer und Küche

Mit 50 Mk. Anzahlung

3 Zimmer und Küche

Bussen

Empfehle einen wirklich schönen, garantiert reinen

Kakao

Pfund 1.00 u. 1.20 Mk.
H. Bülck,

Breitestr. 54. Fernspr. 149.

Frau Schulze! Wo kaufen Sie das billige, schöne, fette Ziegenfleisch, das hat mir besser geschmeckt als das alte Schaffleisch? Das junge Ziegenfleisch kauft man

Marktthallenstand 12

Uhren u. Goldwaren

Trauringe 383 u. 585 gest. anerkannt billig bei

Ernst Gentsen, Uhrm.

Königstr. 62, b.d. Süßstr. Gebe die Rabattmarken

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei Markt **Otto Albers** Kohlmarkt 4. 10. z.B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an. Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk. Rote Labeca-Marken.



Herren-Schaftstiefel 7²⁰
aus kräftigem Wicksleder in spitzen u. breiten Fassons

Herren-Schaftstiefel 8⁹⁰
aus kernigem Rindleder in spitzen u. breiten Fassons

Herren-Schaftstiefel 10⁹⁰
a. kernigem Rindl., m. hohem Schaft, Doppelsohlen

Herren-Reitstiefel 15⁵⁰
In. Rind-satinleder, elegant u. solide, Mk. 22.—, a. starkem Rindleder, m. Doppelsohlen

Arbeitsschuhe 5⁵⁰
mit Schnalle, aus kernigem Material

Arbeitsschuhe 5⁵⁰
zum Schnüren, mit hoher Lasche, Eisenbeschlag

Arbeitsschuhe 6⁵⁰
mit 2 Schnallen, mit Eisen

Arbeitsstiefel 6⁷⁰
extra starke Ausführung, mit Eisenbeschlag

Conrad Tack & Cie.

Verkaufshaus Lübeck: Breitestr. 47.

Jeden Sonnabend:
Heiße Knackwurst.
Heinr. Viereck
Süßstraße 96.

Holsten-Automat
G. m. b. H. Holstenstr. 14.
Warme und kalte Speisen.
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.
Helles und dunkles Bier 10 Pf.
Freunden und hiesigem Publikum
bestens empfohlen.

Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.
Zentral-Verband deutscher Freidenker
(Ortsgruppe Lübeck).

Versammlung
am Sonnabend, d. 3. Sept.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“

Sozialdemokr. Verein Lübeck
Ortsgruppe Moisling.

Sonnabend, den 3. September,
abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung
in Schreibers Kaffeehaus.

Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gemacht.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Hansa-Theater

Heute Freitag, den 2. Sept. 1910,
abends 8 Uhr:

Gr. Eröffnungsvorstellung.
Vollstdg. neues Programm.

Gaspiel
Harry Bienenstein-Ensemble,
der beliebte rheinische
Burleske-Komiker.

.. Lachen ohne Ende ..
Ferner Gastspiel

Madame Stefanie,
Primadonna des Kaiserl. Königl.
Theaters Wien.

! Ueberall Stadtgespräch !

Dazu das glänzende
Variete-Programm.

Stadthallen-Theater.
Sonnabend 8 Uhr. Auf. Abonn.
Vollständige Vorstellung.
Jeder Platz 50 Pfg.

Unsere Käte.
Lustspiel in 3 Akte v. B. Bogson.
Sonntag 7 1/2 Uhr. 74 Ab. Vorst.

Paul Heyse:
Kolberg.

Historisch. Schauspiel in 5 Akten.
Montag: Der Dieb.

Roher Schinken im Ausschnitt . . Pfd. 2.00 Mk.
Gefochter Schinken im Ausschnitt . . 1.80 „
Gefocht. Pökelfleisch „ 1.50 „
Kollschinken „ 1.80 „
Zungenwurst Ia. „ 1.80 „
" „ 1.20 „
Halbsroulade „ 1.60 „
Mosaikroulade „ 1.60 „
Rastensülze „ 1.60 „
Leberkäse „ 1.50 „
Salami „ 1.50 „
Feine Mettwurst „ 1.40 „
Grobe Mettwurst Ia. „ 1.30 „
Blockwurst „ 1.20 „
Kaiser-Jagdwurst „ 1.40 „

Gothaer Pfd. 1.30 Mk.
Mortadella „ 1.20 „
Sardell-Leberwurst „ 1.20 „
Hausmacher „ 1.20 „
Sildesheimer „ 1.20 „
Holsteiner „ 0.70 „
Mehl. Land „ 1.00 „
Mehl. Blutwurst „ 1.00 „
Thüring. „ 0.90 „
Brannschw. „ 0.70 „
Gef. Mettwurst Ia. „ 1.10 „
Gef. Mettwurst „ 1.00 „
Sülze „ 0.80 „
Schinkenspeck Ia. „ 1.10 „
WienerWürstchen Paar 10 Pfd.

Allerf. Tafelbutter Pfd. 1.35 Mk.
Feinste Gßbutter „ 1.30 „
II. Sorte Meiereibutter 1.20 „

Margarine.
Pfund 60, 70, 80 u. 90 Pfd.

Pflanzenbutter-
Margarine.
(Bester Erfolg für Meiereibutter)
Pfund 80 und 90 Pfd.

Ia. Flomenschmalz Pfd. 1.00 Mk.
Blasenschmalz „ 0.90 „
ff. Schlachterschmalz „ 0.80 „

Käse.
Schweizer Käse echt Emmentaler Pfd. 1.20 Mk.
Schweizer Käse „ 0.90 „
Holländer „ 1.00 „
Edamer „ 0.90 „
Ia. Vollfett-Tilsiter „ 0.90 „
Tilsiter Fettkäse „ 0.60 „
Tilsiter Käse „ 0.40 „
Alpenkäse „ 0.60 „

Eier.
Frische Trink Eier 6 St. 60 Pfd.
Frische Eier 8 St. 60 Pfd.
Speck, fett u. mager Pfd. 95 Pfd.

Auf alle Waren, auch auf Naturbutter, gewähre **4 Prozent Rabatt**, auf Margarine **10 Prozent Rabatt** in Bons. 25 Mark dieser Bons werden in bar oder Ware eingelöst.

Lieferung erfolgt auf Wunsch **frei Haus.**

Billige Bezugsquelle für Hotels, Restaurants u. s. w.

Sorgfältigstvoll

Max Ueberrhein

Breitestr. 11

Telefon 1910.

Moislinger Allee 2

Telefon 1910

Huxstr. 118.

Vorteilhaftes Angebot!

Küchenlampen 50, 60, 75, 90 Pfg. an.
Nachtlampen 38, 40, 50, 75, 110 Pfg.
Tischlampen 185, 195, 250, 300 Pfg. an.
Hängelampen 450, 550, 675, 850 Pfg.
Einmachegläser in allen Größen vorrätig 6, 8, 10, 12, 20, 30, 40 Pfg. an.
Sonniggläser 7, 10, 12 Pfg.
Glaschalen 8, 12, 18, 22, 33, 45 Pfg. an.

Waschgarnituren in enormer Auswahl 165, 265, 350 475 Pfg. an.

Riesen-Bazar

Rote Rabattmarken. Pietro Cagna. Breitestr. 33.

Zutaufergef. Gennentäden
(Schühbrut)
H. Wegener, Angustienstr. 20 a.

Zur billigen Fleischquelle.
22 Fünffanzen 22.
Heute Sonnabend:
Prima Schweinefleisch, prima
Rindfleisch, prima Kalbfleisch.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein Rasier-, Friseur- und Haarschneide-Geschäft.
Wilhelm Wigger, Nebenboffstr. 8.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Tour nach Daffow
am Sonntag, dem 4. September,
Abfahrt 2 Uhr v. d. Burgtorbrücke.
Fahrtwart IV. Der Vorstand.

Achtung Bauarbeiter!
Mitglieder-Versammlung
heute Freitag, d. 2. Sept.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Finanzielle Angelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Internationaler Transportarbeiter - Kongress. (Schluß.)

Kopenhagen, 26. August.
Döring hielt das Referat über die Form der Landesorganisation. Er trat in wirkungsvollen Ausführungen für starke Zentralorganisationen ein, betonte jedoch gegenüber den früheren Ausführungen Wilsons, daß die Deutschen nicht die Absicht hätten zu schulmeistern.

Am Donnerstag nachmittag tagte die Konferenz der Vertreter der Seeleute, die vom Zentralrat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation geleitet wurde.

Müller schlug vor, die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen, damit die Beschlüsse der Wiener Konferenz durchgeführt werden können. Bis 1. April 1911 sollen die Vorbereitungen getroffen sein.

Zu regeln sei zunächst die Übertrittsfrage, die Einführung einer Legitimationskarte für die Mitglieder der F. T. F. angeschlossenen seemannischen Organisation und schließlich die Beitragsfrage.

Wilson schlägt vor, zur Beratung der von Müller gemachten Vorschläge und zur Beratung der weiteren Frage betreffend den bevorstehenden Streik der Seeleute in England eine Kommission von fünf Mann zu wählen.

Nach Wiedereröffnung der Konferenz erstattete Paul Müller den Bericht über die Beratungen der Kommission.

Es soll eine Legitimationskarte für die Mitglieder der F. T. F. angeschlossenen seemannischen Organisationen eingeführt werden. Der Zentralrat der F. T. F. soll um vier Personen verstärkt werden, die nur zu den die Seeleute besonders berührenden wichtigsten Angelegenheiten zur Beratung herangezogen werden. Die vier Vertreter sollen Mitglieder der angeschlossenen Organisationen in England, Belgien, Standinavien und Amerika sein. In Gemeinschaft mit diesen Vertretern soll der Zentralrat einen Gegenständigkeitsvertrag ausarbeiten und baldmöglichst den Organisationen vorlegen. Bezüglich der Aktionen gegen die Unternehmer wegen Verbesserung der Lage der Seeleute erklärt die Kommission, daß es Pflicht der Organisationen sei, Forderungen zu stellen, eventuell den Kampf aufzunehmen. Über Zeitpunkt und Art des Kampfes sollen heute keine Beschlüsse gefaßt werden. Die Organisation der englischen Seeleute soll in dieser Frage nichts unternehmen ohne Zustimmung der F. T. F. Die Seeleute sollen nicht im unklaren darüber gelassen werden, daß der Kampf nötig, jedenfalls unermesslich sein wird. Diesen Vorschlägen stimmte die Konferenz zu und wird sie dem Kongress unterbreiten.

In der Sitzung vom 27. August wird in die Diskussion über das Referat Dörings, die Form der Landesorganisation, eingetreten. Es spricht Japelet-Kopenhagen. Er ist dafür, daß für die Seeleute innerhalb der F. T. F. eine spezielle Kommission geschaffen werde, und daß in Zukunft an den internationalen Transportarbeiterkongressen nur Vertreter der an die F. T. F. angeschlossenen Organisationen, die ihre Beitragspflicht erfüllt haben, teilnehmen dürfen.

Der Vertreter des Niederländische Schiffs- und Bootwerkersbonds, van der Berg, sagt, es wäre nötig gewesen, die Frage der Zentralisation auch von anderen Seiten zu behandeln, und zwar in Zusammenhang mit der Entwicklung der Welt. Es sei bezeichnend, daß in den Ländern, wo die kapitalistische Gesellschaft mehr dezentralistisch sei, auch die gewerkschaftlichen Organisationen den Zentralorganisationen nicht folgen.

Müller-Wien, Vertreter der Eisenbahner Österreichs, wendet sich entschieden gegen die Ausführungen v. d. Bergs. Er meint, daß auf diesem Kongress syndikalistische Ideen keinen Platz finden werden.

Markmann-Holland spricht sich in ähnlicher Weise wie van der Berg aus.

Quebegeest spricht kurz über die organisatorischen Verhältnisse seines Landes.

Le Guinnee-Frankreich vertritt den Standpunkt der syndikalistischen Organisationen. Döring habe die Verhältnisse Frankreichs nicht richtig wiedergegeben. Dort wolle man die Aktion zentralisieren, aber die Agitation soll dezentralisiert werden.

Andersen-Dänemark hofft, daß die auf dem Kongress zutage getretenen Dezentralisationsbestrebungen erfolglos bleiben werden.

Forstner-Wien wendet sich gegen die Vertreter des Syndikalismus. In Österreich habe man die Erfahrung gemacht, daß nur strenge Zentralisation und Disziplin die Gewerkschaften zum Ziele führe.

Müller-Osterreich wünscht, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in allen Ländern mehr mit sozialem Geist erfüllt werden. Er kann Döring in seiner Ansicht über die Neutralität der Gewerkschaften nicht folgen. Aber auch die von den Syndikalisten geforderte Individualität dürfe nicht Platz greifen.

In seinem Schlußwort gibt Döring zunächst seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es ihm nicht möglich war, die Organisationsfrage eingehender zu behandeln. Hätte er anstatt einer halben drei Stunden zur Verfügung gehabt, dann hätte er auf alles eingehen können, was verschiedene Redner an seinem Referat bemängelten. Es konnte sich also für ihn nur darum handeln, Anregungen zu geben und auf die in einigen Ländern vorhandenen Zersplitterungen der Organisationen hinzuweisen. Die deutschen Transportarbeiter haben ein großes Interesse daran, daß die Organisationsverhältnisse in den Nachbarländern gebessert werden, denn die zurückgebliebenen Verhältnisse in anderen Ländern hindern die deutschen Transportarbeiter, ihre Aktionen gegen die Unternehmer mit Erfolg zu unternehmen.

Schließlich erklärte sich der Kongress mit den Ausführungen Dörings einverstanden.

Müller-Berlin erstattet hierauf den Bericht von der Konferenz der Vertreter der Seeleute. Der Bericht wird mit großem Beifall entgegengenommen und die Vorschläge finden die einstimmige Annahme des Kongresses.

Döring erstattet Bericht über die gestern nachmittag abgehaltene Konferenz der Vertreter der Hafenarbeiter. Die in der Konferenz beratenen Anträge und Resolutionen wurden ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung und Beschlußfassung über die weiteren Anträge. Nach kurzer Debatte werden mehrere Anträge dem Zentralrat überwiesen.

Über den Antrag der österreichischen Transportarbeiter entscheidet sich eine längere Diskussion, deren Ergebnis die Zurückziehung des Antrages war.

Die Resolution Brancani bezüglich der Herausgabe des Korrespondenzblattes in italienischer Sprache wird dem Zentralrat zur weitgehendsten Berücksichtigung überwiesen.

Der Antrag, die Berichte in Zukunft mindestens 2 Monate vor Stattfinden des Kongresses den Organisationen zuzustellen, wird angenommen. In der Angelegenheit betr. den Vertreter des norwegischen Seemannsverbandes Olaf Varstad berichtet die zur Unternehmung eingesezte Kommission, daß sich nichts Belastendes gegen Varstad ergeben habe.

Kopenhagen, den 27. August 1910.

Furuseth (San Francisco), Vertreter der Internationalen Seemanns-Union von Amerika, der schon dem Internationalen Transportarbeiter-Kongress in Wien 1908 eine längere Resolution zur Beschlußfassung unterbreitet hatte, die in ihrem materiellen Teil folgende Forderungen enthielt:

1. Abschaffung aller Gefängnisstrafen für Verlassen des Schiffes im sicheren Hafen; 2. Abschaffung aller Gefängnisstrafen für die Weigerung, Befehlen zu gehorchen, während das Schiff im sicheren Hafen liegt, anstelle dieser Strafen Zahlung solchen Betrages, wie er demjenigen bezahlt werden muß, der engagiert wird, um die verweigerte Arbeit zu verrichten; 3. Abschaffung aller Entlassungs-Zerti-

fikate, die im Besitz des Führers bleiben, an Stelle derselben ein Befähigungsnachweis, der im Besitz des Seemanns bleibt; 4. Abschaffung aller Vorauszahlungen auf die Löhne, sowohl direkt wie indirekt; 5. Abschaffung aller Überweisungen von Löhnen mit Ausnahme näher abhängiger Verwandten; 6. Einführung eines Fähigkeitsgrades für die Seeleute, der wenigstens drei Jahre Seebienst auf Deck fordert; 7. Einführung eines Fähigkeitsgrades für die Helzer, der wenigstens eine sechsmonatige Tätigkeit als Zimmermann fordert; 8. Bemannungsabelle, nach welcher wenigstens 75 Prozent der Deckmannschaft, mit Ausnahme der Offiziere, gelehrte Seeleute sein müssen, die die Sprache der Offiziere genügend verstehen, um deren Befehlen gehorchen zu können; hat seinem Referat über „Stand, Anwendung und Einfluß der Internationalen Gesetzgebung auf die soziale und rechtliche Lage der Seeleute“ dieselbe Resolution zugrunde gelegt. Der Kongress in Wien hatte von der Beschlußfassung Abstand genommen, weil Furuseth darauf bestand, daß seine Resolution unverändert angenommen werden sollte, die Geschäftslage des Kongresses aber eine Durchberatung der Resolution nicht gestattete. In der heutigen Sitzung suchte Furuseth seine Resolution zu begründen. Obgleich keiner der Diskussionsredner sich grundsätzlich gegen die aufgestellten Forderungen wandte, stellten sie sich doch alle auf den Standpunkt, daß der Resolution in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden könne. Die Abstimmung über die Resolution ergibt die Annahme des zweiten Teils, der die Forderungen enthält. Mit 19 gegen 17 Stimmen wird beschloffen, daß es jeder Nation überlassen bleiben soll, diese Forderungen nach ihrem eigenen Ermessen zu begründen.

Über „Stand, Anwendung und Einfluß der internationalen Gesetzgebung auf die soziale Lage der Hafen- und Transportarbeiter“ referierte Lindley-Stockholm. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution fand Annahme.

In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit verzichteten Dreher-Berlin und Brunner-Berlin auf ihre Referate. Sie werden dieselben schriftlich niederlegen, so daß sie dem Protokoll beigelegt werden können.

In den Zentralrat wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Der nächste Kongress wird 1913 in London stattfinden.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 49. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Nationale Eigenart. — Die Wahrheit über den badiischen „Aufstand“. Von Ludwig Frank. — Die deutschen Flottenrüstungen. Von Heinrich Ströbel. — Der Block der Linken und unsere Agitation. Von Ludwig Duesel. — Auch eine Nachwahlberachtung. Von Erich Rothmann (Stuttgart). — Reformismus und Klassenkampf. Zur Diskussion über Budgetbewilligung und Massenstreik. Von einem Wadener. — Literarische Rundschau! Wilhelm Ostwald, Energetische Grundlagen der Kulturwissenschaft. Von G. Eckstein.

Feuilleton der „Neuen Zeit“ Nr. 31: Eine Geschichte des Sozialismus. Von R. Kautsky. — Der Krieg gegen die Freien Volksbühnen. Von Franz Mehring. — Bücherchau: Max Adler, Der Sozialismus und die Intellektuellen. Wilhelm Bloß, Badiische Revolutionsgeschichte aus den Jahren 1848 und 1849. Otto Krille, Neue Fahrt. Richard Heise, Tierbau und Tierleben. 1. Band: Der Tierkörper als selbständiger Organismus. — Lose Blätter: Eine ehrbare Junft.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwent. Verleger: L. H. Schwabe. Druck: Friedr. Meper u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

82. Fortsetzung.

„Wie trotzig und frech der Bursche im Anfang war,“ sagte Wagner, als sie zusammen zu ihrem Hotel zurückkehrten, „und wie demütig und zerknirscht er nachher wurde.“

Die Rechnung jener letzten Brauen-Fracht bricht ihm den Hals,“ entgegnete Lockhart, „er hatte keinesfalls eine Ahnung, daß wir so genau von allem unterrichtet wären. Außerdem kann er auch keine Rechenschaft geben, von wem er die Doubletten hat.“

„Wahrscheinlich weisen sich die bei ihm gefundenen Banknoten auch noch zu den gestohlenen gehörig aus,“ sagte Wagner, „wenn sie nur erst verglichen werden können. Es war doch ein sehr geschickter Gedanke von Ihnen, den Burschen bei dieser ziemlich unbedeutenden Gelegenheit gleich festzuhalten und durch die Gerichte verurteilen zu lassen. Riskiert blieb es freilich immer.“

„Was riskiert?“ fragte Lockhart verächtlich, „wenn wir nichts bei ihm fanden, konnte er mich verklagen. Ich wußte aber vom ersten Moment an, daß er irgendwo sich nicht ganz behaglich fühle. Jetzt haben wir ihn fest und Heffens ebenfalls. Daß er nur nicht Wind von der Sache bekommt, sonst macht er sich eiligst aus dem Staube, und der ist so mit allen Göttern gehegt, daß ich auch fest überzeugt bin, er käme durch.“

„Er darf nichts merken, bis wir nach Batavia kommen, und dann wollen wir schon Maßregeln ergreifen, die eine Flucht für ihn unmöglich machen.“

„Er weiß, daß er den Galgen oder lebenslänglich Zuchthaus verdient hat.“

„Stüht sich aber so vollkommen sicher, daß er schwerlich an irgend eine Gefahr denkt, bis sie eben über ihm zusammenbricht. — Und der Mensch hat um Hedwig Bernold geworben?“

„Dah, das kann man niemandem verwehren,“ brummte Lockhart. „Der Schuft scheint aber sehr entschlossen, sich eine Frau irgendwoher zu verschaffen, denn Joosts letzte Reise hat wirklich — von Heffens Seite aus — keinen andern Grund gehabt, als jenes arme javanische Mädchen wieder einzufangen, das ihm damals, als ihn der Javane in den Arm stieß, entwischte. Durch Klapa hat er ihren

Aufenthalt erfahren, und Joost, der unterwegs noch dabei eigene Geschäfte zu betreiben suchte, wurde zum Merkur gewählt.“

„Wir werden aber nicht wagen dürfen, ihn mit in die Berge zu nehmen.“

„Sind Sie fest überzeugt, Wagenaar, daß Sie jenen Klapa wiedererkennen würden?“

„Am hellen Tag, ja.“

„Dann brauchen wir ihn auch nicht, sondern besorgen es allein.“

„Aber er kennt uns alle beide, denn ich glaube nicht, daß dieser durchtriebene Geselle unsere Züge schon vergessen hätte. Sowie er Verdacht schöpft, ist alles verloren, und dann oben im Walde, mit drei Schritten Vorsprung, dürfen wir nicht daran denken, ihn je wieder einzuholen.“

„Mein,“ sagte Lockhart, „das glaub' ich auch; aber dann nehmen wir unsern Geistlichen mit, wofür haben wir denn den hier?“

„Der wird sich dazu nicht hergeben wollen.“

„Er gibt sich zu allem her, um was ich ihn ersuche,“ sagte Lockhart, „denn ich habe ein vortreffliches Mittel, um ihn fette zu machen. Doch hier sind wir am Haus, unsere Damen müssen auch gleich kommen, wenn sie nur irgend bei Zeiten mit ihrer Toilette fertig wurden. Außerdem habe ich noch einen Auftrag an die Wirtin, den ich erst ausrichten möchte.“

„Von Herrn Joost?“

„Es ist Privatsache,“ sagte Lockhart, „und wenn ich auch mein Wort nicht gegeben habe, zu schweigen, geschieht doch niemandem ein Schaden, eher ein Nutzen dadurch. — Ich bin gleich wieder da.“ Wagner ging im Schatten der vor dem Hotel stehenden Waringhis auf und ab, und Lockhart betrat indessen den inneren Raum des Hauses und klopfte an die Tür, die zu dem kleinen Kontorzimmer führte.

„Madame rief herein. Sie saß auf dem schmalen Bambussofa in der Ecke und hatte ein Buch vor sich, in dem sie jedenfalls geredet haben mußte. Sie sah aber bleich und niedergeschlagen aus und blickte Herrn Lockhart groß und erstaunt an, als dieser sich ohne weiteres neben ihr niedersetzte und ein Notizbuch aus der Tasche nahm. „Mein,“ sagte sie, „ich habe Ihnen etwas auszuhandeln,“ sagte er dabei, indem er ihr ein ganzes Paket Banknoten überreichte, „bitte, zählen Sie es nach; es müssen gerade tausend Gulden sein.“

„Tausend Gulden?“ rief Mevrouw erschrocken aus und warf einen scheuen Blick auf das Geld, das sie nur zu gut kannte. Sie wußte auch, daß Joost heute morgen mit Postzeidienern abgeholt war, und zitterte jetzt, was für ein Verbrechen er wohl begangen haben könne, in das auch sie vielleicht verwickelt würde.

„Ich möchte Sie bitten,“ fuhr Lockhart fort, „mir dafür Ihren Schwager zu überlassen.“

„Meinen Schwager?“ wiederholte die Frau, die nur noch verwirrt wurde.

„Herr Gerard Joost, Bruder des verschollenen Valentijn, mit dem er eine frappante Ähnlichkeit haben soll,“ sagte Lockhart, „hat nämlich eine solche lebhaft Phantasie, daß er sich manchmal einbildet, wirklich sein Bruder zu sein. Wir haben ihm aber heute morgen das Gegenteil bewiesen, und er war so gerührt darüber, daß er mich bat, Ihnen diese tausend Gulden zum Andenken auszuhandeln. Seine Rechnung bitte ich Sie noch besonders auszuzeigen — zu den Papieren, die er Ihnen vorgelegt, ist er Gott weiß wie gekommen.“

„O der nichtsnutzige, niederrichtige Halunke der!“ rief da Madame, die erst jetzt ihre Sprache wiederfand, „er und der Geistliche, der —“

„St, Mevrouw,“ unterbrach sie aber Lockhart — „dem Geistlichen verdanken sie eigentlich besonders, daß wir dem laubigen Burschen auf die Spur gekommen sind, denn er ist im Anfang so gut wie Sie von dem Schuft getäuscht worden.“

„Und jetzt der Spott — der Hohn!“ jammerte die Frau.

„Wenn Sie etwas weniger schreien, haben Sie auch das nicht zu befürchten,“ sagte Lockhart. — „Wir, die wir darum wissen — der Resident, der Geistliche und ich, werden niemandem ein Wort darüber sagen, und von dieser Seite sind Sie also sicher, sofern Sie selber den Gegenstand nicht weiter berühren; hat aber Ihr Gatte vielleicht davon gehört?“

Die Spielboje antwortete dieser Frage, denn in dem Moment begann sie mitten im alten Dessauer. So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage, und Lockhart, halb lachend, halb ärgerlich, rief aus: „Bitte, bemerken Sie sich nicht; Ihr Herr Gemahl hat schon für Sie geantwortet — lassen Sie ihn in seiner Unschuld“ — und ehe noch die Wirtin ihm nur danken konnte, zog er sich, keinen Blick auf Wynheer Soltersdrop werfend, in sein eigenes Zimmer zurück. (Fortsetzung folgt.)

